

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.3/4 - 64. Jahrgang

22. Februar 2014

Tanz gegen Gewalt



Engagiert gegen Gewalt: Am Brandenburger Tor in Berlin waren Mitglieder der ASF und die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert bei der Aktion ONE BILLION RISING FOR JUSTICE mit dabei.

Mit der weltweiten Kampagne haben sich am Valentinstag rund um den Globus Millionen von Frauen und Männern erhoben, um auf die alltäglich stattfindende Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufmerksam zu machen und auf ein Ende der Gewalt hinzuwirken. Wie auch im letzten Jahr starteten mehrere tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer wieder einen Flashmob vor dem Brandenburger Tor und tanzten auf dem Pariser Platz für Gerechtigkeit.

Kein gleicher Lohn

Frauen erhalten in Deutschland noch immer durchschnittlich 22 Prozent weniger Entgelt als Männer, auch wenn sie genauso viel und genauso gut arbeiten wie ihre männlichen Kollegen. Die Entgeltlücke ist anderswo in der EU kaum größer.

Das muss sich ändern, meinen Deutscher Frauenrat, Deutscher Gewerkschaftsbund, und der Sozialverband Deutschland. Sie rufen zum Equal Pay Day 2014 auf zu einer gemeinsamen Kundgebung am Brandenburger Tor, 10117 Berlin, Pariser Platz.

➔ Freitag, 21. März 2014, 12 - 14 Uhr

Bildung:

Mehr Orientierung geben

Scheeres: Schule muss für bessere Übergänge sorgen

An Berlins Schulen sollen Kinder so individuell wie möglich gefördert werden, sagt Berlins Bildungssenatorin Sandra Scheeres im Interview mit der BERLINER STIMME. Für die zweite Hälfte der Amtszeit hat sie sich wichtige neue Ziele gesteckt: „Wir müssen uns gemeinsam für einen erfolgreichen Übergang von der Schule in eine berufliche Ausbildung, ein Studium oder einen weiterführenden Bildungsgang einsetzen.“

In den zurückliegenden gut zwei Jahren ist die Situation der Schulen weiter verbessert worden. Seit wenigen Tagen können 220 Schulen zusätzliche Mittel aus einem 100.000-Euro-Bonusprogramm einsetzen. Die Mittel für die Schulsanierung wurden erhöht, das Schulmittagessen verbessert. Die Lehrerausbildung wird an die veränderten Bedingungen anpasst.

Ein neues Landeskonzept soll jetzt die Aufgabenverteilung zwischen Schulen, Berufsberater und Wirtschaft klären. „Neben dem Landeskonzept zur Studien- und Berufsorientierung ist ein weiterer Meilen-



Bildungssenatorin Sandra Scheeres.

Foto: Schulenberg

stein der zweiten Halbzeit der Aufbau einer Jugendberufsagentur“, so Sandra Scheeres im Interview. „Wer die Schule verlässt, soll künftig durch eine Jugendberufsagentur kompetent beraten und begleitet werden. Hierfür werden wir alle Angebote - von der Jugendhilfe, der Beratung durch die Schulen, der Jobcenter und der Agentur für Arbeit - miteinander vernetzen müssen.“

BS □

Interview auf den Seiten 3 und 4

„Entsetzt und fassungslos“

Gabriel: Edathys Handeln passt nicht zur Sozialdemokratie

Als „unvereinbar mit der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag“ und „nicht zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ passend hat der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel das jetzt bekannt gewordene Handeln Sebastian Edathys bezeichnet.

„Unabhängig von der strafrechtlichen Relevanz sind Präsidium und SPD-Parteivorstand entsetzt und fassungslos über diese Handlungen und das Verhalten Sebastian Edathys. Sein Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag war daher mehr als gerechtfertigt“, so Gabriel am Montag. Geprüft wird die Einleitung eines Parteiverfahrens. Als „Diffamierungen“ wies Gabriel Vermutungen zurück, Edathy

könnte aus der SPD-Spitze gewarnt worden sein.

Belege für ein strafrechtliches Fehlver-

IN DIESER AUSGABE:

RÜCKHALT FÜR KLAUS WOWERIT	S. 2
ALTGLAS-SAMMLUNG IN SCHERBEN	S. 7
EU: UMSTRITTENES ABKOMMEN	S. 12
25 JAHRE FRAUENSENAT	S. 17

halten Edathys fehlen bisher. Maßnahmen zum Schutz der Kinder kündigte am Dienstag Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) an: „Wir wollen klären, wie wir das gewerbsmäßige Handeln mit Nacktbildern von Kindern oder Jugendlichen unter Strafe stellen können.“

BS □

Dokumentation des Widerstands

Siegmund Ehrmann und Hiltrud Lotze besuchten das Archiv der DDR-Opposition

Für die Zukunftssicherung des Archivs der DDR-Opposition in Berlin wollen sich die SPD-Kulturpolitiker Siegmund Ehrmann, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag, und Hiltrud Lotze einsetzen.

Der Kulturausschuss werde sich intensiv mit der Frage beschäftigen, wie das Archiv langfristig finanziert werden könne. „Dazu haben wir den Auftrag“, betonte Ehrmann im Gespräch mit dem Geschäftsführer der Robert-Havemann-Gesellschaft, Dr. Olaf Weißbach, sowie mit Projektleiter Tom Sello. Im Dezember 2013 hatten die Regierungsparteien in ihrer Koalitionsvereinbarung beschlossen, das Archiv der DDR-Opposition und die Open-Air-Ausstellung ‚Friedliche Revolution 1989‘ dauerhaft zu si-



Siegmund Ehrmann (links) und Hiltrud Lotze (rechts) beim Rundgang durch das Archiv der DDR-Opposition mit Archivleiterin Tina Krone (Mitte).
Foto: Robert-Havemann-Gesellschaft/Ilona Schäkel

chern. „Jetzt ist zu klären, wie der Beschluss handwerklich umgesetzt werden kann“, so der Ausschussvorsitzende.

Diese Diskussion müsse eingebettet werden in die Weiterentwicklung des Gedenkstättenkonzepts, die unter anderem darauf abziele, die Dokumentation von Widerstand, Opposition und Demokratieentwicklung zu stärken, so Ehrmann weiter. „Wir müssen deutlich machen, dass es für diese Aufgabe ein Archiv gibt, das einen Sammlungsauftrag hat und finanziell wie personell entsprechend ausgestattet sein muss.“

Bei ihrem Rundgang durch die Archivräume zeigten sich Lotze und Ehrmann beeindruckt von der Bandbreite an Dokumenten, Fotos, Filmen und Objekten zu Opposition und Widerstand in der DDR. **PM** □

„Schwierige Abwägung“

SPD-Landesvorstand stellt sich hinter Klaus Wowereit

Der Landesvorstand der Berliner SPD hat sich einmütig hinter den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit gestellt. Es habe den einstimmigen Beschluss gegeben, „dass wir dem Regierenden Bürgermeister den Rücken stärken“, sagte der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß im Anschluss auf einer Pressekonferenz in der vergangenen Woche.

Stöß machte deutlich, dass die SPD weiter entschieden gegen Steuerhinterziehung kämpfe. „Da wackeln wir nicht“, sagte der SPD-Landesvorsitzende. Wowereit betonte, auch im Fall des zurückgetretenen Staatssekretärs André Schmitz sei die Steuerhinterziehung strafrechtlich verfolgt und sanktioniert worden. Dabei hatte es aber sowohl über die Einleitung des Verfahrens als auch über die Beendigung nur die persönliche Mitteilung von André Schmitz an Klaus Wowereit gegeben. Die Staatsanwaltschaft selbst informierte den Regierenden Bürgermeister nicht, weil sie offenbar mit der Einstellung des Verfahrens keine weiteren disziplinarrechtlichen Maßnahmen als möglich ansah.

Das Verfahren gegen Schmitz war 2012 nach §153a der Strafprozessordnung gegen Zahlung einer Geldbuße beendet worden. In diesem Paragraphen heißt es: „Mit Zustimmung des für die Eröffnung des Hauptverfahrens zuständigen Gerichts und des Beschuldigten kann die Staatsanwaltschaft bei einem Vergehen vorläufig von der Erhebung der öffentlichen Klage absehen und zugleich dem Beschuldigten Auflagen und Weisungen erteilen, wenn diese geeignet sind, das öffentliche Interesse an der Straf-

verfolgung zu beseitigen, und die Schwere der Schuld nicht entgegensteht.“

Zwei Gutachten belegen inzwischen die Rechtsauffassung, dass sich damit die Einleitung eines Disziplinarverfahrens verboten habe, weil dies einer Doppelbestrafung gleichgekommen wäre - anders als in Fällen, die mit einem Verfahren enden. Darauf hatte Klaus Wowereit auch in der Sitzung des Rechtsausschusses im Abgeordnetenhaus hingewiesen. Der Regierende Bürgermeister betonte, es sei eine für ihn „schwierige Abwägung“ gewesen, zu der er weiter stehe. Er habe als Dienstherr eine Fürsorgepflicht gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dies umso mehr, als der Kulturstaatssekretär sich in den vergangenen Jahren mit seiner Arbeit um die Stadt verdient gemacht habe. Tatsächlich wird das Engagement von Schmitz für die Berliner Kultur weit über Parteigrenzen hinaus anerkannt.

Stöß und Wowereit machten deutlich, dass André Schmitz in der vergangenen Woche selbst die Konsequenzen aus seinem Fehlverhalten gezogen habe, um damit zugleich Schaden von seinem wichtigen Amt wie auch von der SPD abzuwenden. Im SPD-Landesvorstand war dies auch einhellig als richtige Entscheidung bewertet worden. Schmitz wurde in dieser Woche in den Ruhestand versetzt.

Damit sei die Affäre Schmitz beendet worden, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. Eine Affäre Wowereit gebe es nicht. „Ich freue mich, dass die Partei so einstimmig hinter mir steht“, sagte Klaus Wowereit. **U.H.** □

POLITIK PERSÖNLICH

Hella Dunger-Löper, Staatssekretärin in der Senatskanzlei, Bevollmächtigte beim Bund und Europabeauftragte des Landes Berlin, wird als Vertreterin des Deutschlandradios entsandt. Das hat der Senat auf Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit beschlossen. Sie war in dieser Funktion Anfang 2013 dem verstorbenen Regierenden Bürgermeister a. D. Klaus Schütz nachgefolgt und soll das Amt nun in der neuen, vierjährigen Amtsperiode des Hörfunkrates ab dem 27. März 2014 weiter ausüben. Der Hörfunkrat stellt für die Sendungen des Deutschlandradios im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat Richtlinien auf und berät den Intendanten in Programmfragen. Des Weiteren hat er die Schlussentscheidung über die Wahl und Entlastung des Intendanten sowie die Genehmigung des Haushaltsplans und des Jahresabschlusses. □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin
Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin
Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)
Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Bildungspolitik:

„Kinder so individuell wie möglich fördern“

Im Interview: Bildungssenatorin Sandra Scheeres

Ein 100.000-Euro Bonusprogramm für Berlins Schulen, Verbesserungen bei der Lehrerausbildung, Aufstockung des Schulanlagensanierungsprogramms - Bildungssenatorin Sandra Scheeres hat viel bewegt. Im Interview mit der BERLINER STIMME erläutert sie Erfolge und Ziele.

Berliner Stimme: Frau Scheeres, Sie sind seit Dezember 2011 im Amt, es ist also nicht mehr weit bis zur Halbzeitbilanz. Wenn Sie an Ihre eigenen Erwartungen beim Amtsantritt zurückdenken: In welchen Bereichen gab es für Sie die größten Überraschungen?

Sandra Scheeres: Ich habe ein Haus gefunden, das weit besser als sein Ruf ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten sehr engagiert und haben die Probleme im Blick. Klar ist, dass eine neue Leitung auch ihre eigenen Schwerpunkte hat. Ich bin auf offene Ohren gestoßen und habe bei der Durchsetzung unserer bildungspolitischen Ziele viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter gefunden. Einige konkrete Beispiele sind dafür der kompletten Paradigmenwechsel beim Schulmittagessen vom Preis- zum Qualitätswettbewerb oder die Änderungen im Schulgesetz zum Aufnahmeverfahren: Zum Beispiel werden Geschwisterkinder an weiterführenden Schulen nun grundsätzlich aufgenommen, und wer in der 10. Klasse ins Ausland möchte, muss nach der Rückkehr nach Berlin die Klasse nicht mehr wiederholen, sondern kann eine Nachprüfung für den Mittleren Schulabschluss in der Oberstufe ablegen. Eines der großen Reformvorhaben dieser Legislaturperiode ist auch erfolgreich auf den Weg gebracht worden: Das neue Lehrkräftebildungsgesetz, das eine moderne Ausbildung vorsieht, die an die Bedarfe des zweigliedrigen Schulsystems angepasst ist.

BS: Auf Ihrer Schultour haben Sie sich von etlichen Berliner Schulen einen direkten Eindruck verschafft. Welche Erfahrungen haben Sie dabei gewonnen, macht Lernen in Berlin Spaß?

Sandra Scheeres: Durchaus! Ich bin auf meinen Schultouren auf viele engagierte Eltern, Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher gestoßen, auf offene und begeisterungsfähige Schülerinnen und Schüler, die mit eigenen Ideen ihrer jeweiligen Schule zu einem unverkennbaren Profil verholfen haben. Natürlich sehe ich auch die Probleme



Gutes Zusammenspiel: Sandra Scheeres mit Turnerinnen. Foto: Schulenberg

vor Ort - denn das ist auch der Sinn meiner Besuche: Ich muss wissen, vor welchen Herausforderungen Schule im Alltag steht, um die Weichen für optimale Rahmenbedingungen stellen zu können. Unser Fraktionsvorsitzender Raed Saleh hat da eine vergleichbare Herangehensweise wie ich. Ein Ergebnis unserer Vorortbesuche ist das 100.000 Euro-Bonusprogramm für Schulen, die vor besonderen Herausforderungen stehen. Die Schulen können eigenverantwortlich über den Einsatz der Mittel entscheiden. Im Februar ist das Projekt gestartet und ich bin auf die Entwicklungen gespannt, die dadurch ausgelöst werden.

BS: 220 Schulen können über zusätzliche Mittel aus diesem Bonusprogramm verfügen. Wie läuft das Programm an, welche Erwartungen verbinden Sie damit?

Sandra Scheeres: Das Bonusprogramm mit insgesamt 15 Millionen Euro bietet zwar keine Patentrezepte. Ich setze aber darauf, dass die 220 profitierenden Schulen das Programm als flexibles Instrument nutzen, das sie in ihrem Engagement unterstützt, die Schülerinnen und Schüler noch besser als bisher zu fördern. Je nach Anteil der lernmittelbefreiten Schülerinnen und Schüler erhalten die Schulen im Jahr zusätzliche Mittel in Höhe von 100.000 Euro, 62.500 Euro oder 50.000 Euro. An diesen Schulen wurden ab dem 3. Februar 2014 die Online-Konten frei geschaltet, über die die Schulleitungen Honorar- und Werkverträge oder Kooperationsvereinbarungen mit freien Trägern, z.B. für die Beschäftigung von Sozialpädagogen, abschließen können. Messbare Erfolge können sich in den schulischen Leistungsergebnissen zeigen oder auch in einer nach-

Fortsetzung Seite 4

Demonstration:

8. März: Aufruf zum Frauenkampftag

Am Internationalen Frauentag ruft das Bündnis Frauen*kampftag 2014 zu einer bundesweiten Demonstration in Berlin auf. Die Berliner SPD unterstützt den Aufruf. Treffpunkt ist am 8. März um 13 Uhr am Gesundbrunnen.

„Wir stellen uns in eine Reihe mit den feministischen Initiativen und Bewegungen und wollen versuchen eine gemeinsame neue feministische Offensive zu organisieren“, heißt es im Aufruf. **BS** □

➔ Treffpunkt: 13 Uhr, Gesundbrunnen, 16 Uhr Endkundgebung und Konzert u.a. mit Sookee auf dem Rosa Luxemburg Platz

Ausbildung:

„Für den Erzieherberuf begeistern“

Das berlinweite Netz von 16 Bildungsberatungsstellen wird künftig auch qualifizierte Beratung in allen Fragen zum Weg in den Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers bieten. Bildungs- und Arbeitsverwaltung kooperieren dabei.

„Wir möchten Frauen und Männer dafür begeistern, sich für den Beruf der Erzieherin oder des Erziehers zu entscheiden – und zwar mit einem neuen gezielten Beratungsangebot und fundierten Informationen“, so Arbeitssenatorin Dilek Kolat. „Zu diesem Beruf führen verschiedene Wege, wer sich dafür interessiert, wird künftig gut beraten sein. Auch die berufsbegleitende Ausbildung, der Wiedereinstieg oder Quereinstieg bieten tolle berufliche Chancen. Das ist gut für Ausbildungssuchende, Arbeitslose und natürlich für die gut betreuten Kinder!“ **BS** □

Statistik:

Bevölkerungswachstum übertrifft Prognosen

Ende 2013 gab es 47.800 Berlinerinnen und Berliner mehr als im Jahr zuvor.

Den stärksten Zuzug erlebten die Innenstadtbezirke Mitte (+8000), Pankow (+6600) und Friedrichshain-Kreuzberg (+4000). Familien ziehen nach wie vor nach Prenzlauer Berg und Friedrichshain-Kreuzberg, Jüngere häufig nach Neukölln. Bislang wird bis 2030 mit einem Zuwachs von rund 250.000 Menschen gerechnet. Die aktuellen Zuzugszahlen zeigen nach Ansicht des Senats, wie wichtig die Planungen zum Bau bezahlbarer Wohnungen in Berlin sind. **BS** □

Fortsetzung von Seite 3

weislich größeren Elternbeteiligung oder einem ausgeprägten Schulprofil, das Begabungen erkennt und fördert. Ich weiß, dass diese Prozesse Zeit brauchen und sich Erfolge manchmal nur in kleinen Schritten einstellen.

BS: Sie haben jetzt die lange diskutierte Reform der Lehrerbildung auf den Weg gebracht. Welche Ziele sind damit verbunden?

Sandra Scheeres: Mit der Reform der Lehrerbildung gehen wir einen zukunftsorientierten, an den Erfordernissen der Schulrealität ausgerichteten Weg. Berlin setzt damit bildungspolitisch ein deutliches Zeichen für eine moderne Ausbildung. Die wichtigsten Punkte sind eine gleich lange Ausbildung in allen Lehrämtern und die Abbildung der Schulstruktur in den Lehrämtern: also ein Lehramt an Grundschulen, ein Lehramt an Sekundarschulen und Gymnasien und ein Lehramt an beruflichen Schulen. Sonderpädagogische Fachrichtungen können in allen Lehrämtern im Austausch für ein Fach studiert werden - es gibt kein Lehramt für Sonderpädagogik mehr, aber es werden für alle Förderschwerpunkte weiterhin Spezialisten benötigt und auch ausgebildet. Wichtig war mir auch eine stärkere Fachlichkeit im Lehramt an Grundschulen für Deutsch und Mathematik. Diese Fächer sind nun für alle verbindlich. Und wir brauchten auch dringend eine Basisqualifikation für alle Lehrerinnen und Lehrer für eine inklusive Schule. Auch das ist nun gegeben. Das neue Lehrkräftebildungsgesetz sieht den Ausbau der Praxisphasen vor, d.h. jeder Lehramtsstudierende erfährt vor Ort, was Schulalltag für Lehrkräfte bedeutet. Ich bin mir sicher, dass der Berliner Weg den Diskussionen in anderen Bundesländern positive Impulse geben wird.

BS: Wird Berlin in den kommenden Jahren genug junge Lehrer neu einstellen können?

Sandra Scheeres: Das müssen wir! Ich setze alle Hebel in Bewegung, um in diesem und dem kommenden Schuljahr genügend Lehrkräfte an Bord zu haben. Durch steigende Schülerzahlen, Pensionierungen, die Einführung der Altersermäßigung und die Inanspruchnahme der Arbeitszeitkonten - das sind angesammelte freie Tage - müssen wir in diesem Jahr mehr als 2000 neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Davon wurden rund 700 bereits für den Berliner Schuldienst ausgewählt. Wir haben unseren Referendarkräften frühzeitig Einstellungsgarantien ausgesprochen und wir haben andere Bundesländer, die wiederum ihre ausgebildeten Lehrkräfte nicht übernehmen können, über den Berliner Bedarf informiert. Und wir haben die Mangelfächer in der neuen Ausschreibung für März erweitert: Quereinsteiger, die ein



Bildungssenatorin Sandra Scheeres

Foto: SPD Berlin

Mangelfach studiert haben und im angemessenen Umfang ein zweites Fach, können sich für den berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst bewerben. Damit wir den zukünftigen Bedarf besser decken können, habe ich die Zahl der Referendarsplätze von 2.200 auf 2.700 erhöht.

BS: An einigen Schulen gibt es offenbar immer noch marode Toiletten und kaputte Fenster. Wie ist das Sanierungsprogramm für Schulen und Sportstätten vorangekommen? Wie viel Bedarf sehen Sie noch?

Sandra Scheeres: In der letzten Legislaturperiode haben wir über eine Milliarde Euro in den Schulbau investiert. In diesem Doppelhaushalt stehen 64 Millionen Euro jährlich für das Schulanlagensanierungsprogramm zur Verfügung - das ist doppelt soviel wie früher. In die Investitionsplanung des Landes Berlin sind zahlreiche Maßnahmen im Schulbau aufgenommen worden, die ein Gesamtvolumen von mehr als eine halbe Milliarde beinhalten. Ich will nicht abstreiten, dass wir den Sanierungsstau weiter abbauen müssen. Aber dafür sind auch erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt worden.

BS: Seit August vergangenen Jahres gibt es den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Wie gut wird er in Berlin erfüllt, wie kommt der weitere Ausbau an Kitaplätzen voran?

Sandra Scheeres: Entgegen dem Bundestrend steigen die Kinderzahlen in Berlin stetig an. Auch besuchen anteilig immer mehr Kinder unsere Kitas. Das sind beides sehr erfreuliche Entwicklungen, die aber zugleich auch eine Herausforderung für das Kita-System unserer Stadt darstellen. Deshalb ist der Kita-Ausbau Berlin ein Schwerpunkt meiner Arbeit. Im Jahr 2012 habe ich zusätzlich zu den laufenden Bundesprogrammen ein Landesprogramm gestartet, das dem Ausbaugeschehen deutlich mehr Rückenwind verschafft hat. Das Programm hat unsere Erwartungen bisher mehr als erfüllt. Berlin löst den Rechtsan-

spruch auf einen Kita-Platz ein. Damit das so bleibt, bauen wir auch in den kommenden Jahren weiter aus. Im aktuellen Doppelhaushalt stehen 18 Millionen Euro für unser Landesprogramm bereit.

BS: Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist es ja, dass nicht die Herkunft und die soziale Situation den künftigen Schulweg vorherbestimmen. Ist Berlin auf diesem Weg vorangekommen?

Sandra Scheeres: Unbedingt! Gerade durch die Schulstrukturreform bietet Berlin allen Jugendlichen die Chance auf einen höchstmöglichen Abschluss. Ob auf dem Gymnasium oder auf der Sekundarschule: Wir müssen die Kinder so individuell wie möglich fördern, damit sie ihre Potentiale ausschöpfen können. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaft haben wir 400 Kooperationen geschlossen, die dabei helfen, Schülerinnen und Schüler mit Betrieben in Kontakt zu bringen. Alles Maßnahmen, die auf eine höhere Chancengerechtigkeit ausgerichtet sind.

BS: Was sind Ihre wichtigsten Ziele für die „zweite Halbzeit“?

Sandra Scheeres: Wir müssen uns gemeinsam für einen erfolgreichen Übergang von der Schule in eine berufliche Ausbildung, ein Studium oder einen weiterführenden Bildungsgang einsetzen. Das Duale Lernen an den Sekundarschulen, der Ergänzungskurs „Studium und Beruf“ an den gymnasialen Oberstufen, 400 Kooperationen zwischen Schulen und Betrieben, das Berliner Programm zur vertieften Berufsorientierung oder das neue Berufswahlsiegel tragen dazu bei, Schülerinnen und Schülern eine bessere Orientierung für die Berufswelt zu geben. Ziel eines Landeskonzeptes ist es, den Schulen mehr Klarheit für die Berufs- und Studienorientierung zu bieten: Was bedeutet im Schulalltag eine gute Berufs- und Studienorientierung, welche Aufgaben haben Schulen, welche Aufgaben haben die Berufsberater und Berufsberaterinnen und welche Aufgaben übernehmen die Partner aus der Wirtschaft? Dafür werden wir Standards definieren und die Ziele und Angebote systematisieren.

Neben dem Landeskonzept zur Studien- und Berufsorientierung ist ein weiterer Meilenstein der zweiten Halbzeit der Aufbau einer Jugendberufsagentur. Wer die Schule verlässt, soll künftig durch eine Jugendberufsagentur kompetent beraten und begleitet werden. Hierfür werden wir alle Angebote - von der Jugendhilfe, der Beratung durch die Schulen, der Jobcenter und der Agentur für Arbeit - miteinander vernetzen müssen. Ein herausforderndes Unterfangen, das nur mit dem Engagement aller Beteiligten gelingen kann.

Fragen: U. Horb □

Fragen zur Hochschulpolitik folgen in einer der nächsten Ausgaben.

Volksentscheid:

„Die Entwicklung Berlins gestalten“

Fritz Felgentreu: Berlin braucht die Grundsatz-Debatte über die Zukunft der Stadt

Seit dem 28. Januar ist klar: Das Volksbegehren 100% Tempelhofer Feld war erfolgreich. Jetzt müssen die Berlinerinnen und Berliner entscheiden, ob es auf dem Tempelhofer Feld eine Randbebauung geben wird oder ob alles so bleiben soll, wie es ist. Ich begrüße den Erfolg des Volksbegehrens ausdrücklich. Berlin braucht diese Grundsatz-Debatte.

Die Stadt ist jetzt gezwungen, sie ergebnisoffen zu führen und mit dem Termin für den Volksentscheid gibt es sogar einen konkreten Zeitpunkt, an dem das Volk seine Richtungsentscheidung fällen muss. An diesem Tag werden wir Klarheit darüber haben, was für ein Berlin sich die Berlinerinnen und Berliner in Zukunft wünschen - eine Klarheit, die allen gut tut, besonders aber denen, die in öffentlicher Verantwortung stehen.

VOLKSBEGEHREN: DIE FRAGE IST NICHT MEHR VERÄNDERBAR

Gut am Erfolg des Volksbegehrens ist auch, dass es die Frage in einer Form gestellt hat, die keine wabernde Debatte über denkbare Kompromisse mehr zulässt. Das Volk begehrt, über die Hundert-Prozent-Frage abzustimmen. Von dem Zeitpunkt an, an dem der Senat den Erfolg des Begehrens festgestellt hat, hat sich verfassungsrechtlich das Volk selbst an die Stelle der Trägerinitiative gesetzt. Damit besteht keine rechtliche Möglichkeit mehr für Verhandlungen. Der Volksentscheid muss stattfinden, und zwar genau über die Frage, die das Begehren zum Inhalt hat. Sie kann nicht abgeändert werden. Die einzige Möglichkeit, den Volksentscheid zu verhindern, hat das Abgeordnetenhaus: Wenn es nämlich das Begehren 1:1 übernimmt. Das sollte es aber nicht tun.

BERLIN, DIE WACHSENDE STADT

Denn sachliche Argumente für die Randbebauung gibt es reichlich. Konservative Schätzungen rechnen mit einem Bevölkerungszuwachs in Berlin von 250.000 Menschen bis 2030 - praktisch eine Bezirks-Bevölkerung mehr. Diese Menschen werden zweifellos so gut wie alle ein Dach über dem Kopf finden. Fraglich ist aber, wie eng wir dann zusammenwohnen müssen und wie viel Miete wir dafür bezahlen. Zurzeit ist in Berlin in allen innenstädtischen Kiezen und in vielen Ortsteilen über den S-Bahn-Ring hinaus die Nachfrage nach



Fritz Felgentreu ist Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Neukölln sowie stellvertretender Landesvorsitzender. Foto: Horb

Wohnraum größer als das Angebot. Die logische Folge: Die Mieten steigen. Mit ordnungspolitischen Eingriffen (Mietbremse, Zweckentfremdungsverbot, Milieuschutz und Ähnliches) können wir zwar die Spekulation mit Wohnraum weniger attraktiv machen und die Mietentwicklung entschleunigen. Aber die Marktgesetze werden wir damit nicht außer Kraft setzen.

NEUBAU IST NOTWENDIG

Nur wenn das Angebot der Nachfrage entspricht, verlangsamt sich der Mietanstieg so, dass er auf Dauer sozialverträglich bleiben kann. Wer bezahlbare Mieten will, kann deshalb nicht gegen Wohnungsbau sein. In der erforderlichen Größenordnung werden wir den nötigen Wohnungsneubau nur realisieren können, wenn wir die Ränder des Tempelhofer Feldes als Standort für ca. 4.500 Wohnungen einbeziehen. Ein großer Vorteil dabei: Das Land ist Eigentümer des Feldes. Auf eigenem Land können wir billiger bauen - und das ist gut für bezahlbare Mieten.

Völlig unterschätzt wird oft noch immer die bildungs- und kulturpolitische Bedeutung des Leuchtturmprojekts für die Südwestecke des Feldes: die neue Landeszentralbibliothek. Wenn sie erst einmal ihren Betrieb aufnimmt, wird sich kein Mensch mehr Berlin ohne dieses Haus vorstellen wollen. Diese mit allen Verkehrsmitteln leicht erreichbare Bibliothek, in der alle

Berlinerinnen und Berliner unmittelbaren Zugang zu Bildung und Kultur in den modernsten Medien haben, wird sich als zentrale, lebendige Begegnungsstätte vom ersten Tag an durchsetzen. Wer die AGB schätzt, wird die LZB lieben. Und einer davon darf dann hoffentlich ich sein. Ihre Attraktivität wird noch größer, weil man von der neuen LZB mit wenigen Schritten die geschützte Freifläche erreichen kann, die für Sport und Erholung dauerhaft mehr Platz als der Tiergarten bieten wird.

ÖKOLOGISCHE KONZEPTE VERWIRKLICHEN

Durch die wirtschaftlichen Impulse, die von der Entwicklung eines Wirtschaftsstandorts am S-Bahn-Ring ausgehen, werden am Südrand des Feldes auch über die Bauzeit hinaus dringend benötigte Arbeitsplätze entstehen. Berlin kann hier seine Stärken in den Zukunftsindustrien weiter ausbauen. Und weil auf dem Tempelhofer Feld alles neu gemacht und aus einer Hand geplant wird, kann hier auch die stadtsoziologisch und ökologisch wünschenswerte Verbindung von Wohnen und Arbeiten Realität werden.

Aber es sind nicht nur die sachlichen Gründe, die für die Randbebauung sprechen. Als Richtungsentscheidung führt der Volksentscheid weit über das hinaus, was an den Rändern des Tempelhofer Feldes geschehen wird. Gegen alle öffentlich vorgestellten Planungen fällt den Gegnern der Randbebauung nur ein Argument ein: Sie glauben nicht daran, dass der Senat tatsächlich das umsetzen wird, was er jetzt ankündigt. Mit diesem Argument versuchen sie zu verhindern, dass überhaupt etwas geschieht. Wenn ganz Berlin sich diese Haltung zu eigen macht, hat das Auswirkungen auf alle künftigen Entwicklungsvorhaben in dieser Stadt. Das Hauptsignal: Wohnungsbau ist verhinderbar. Nur die tollkühnsten unter den politisch Verantwortlichen werden dann noch die Kraft aufbringen, sich dem Sturm der Enttäuschung entgegenzustellen, den Nachbarschaftsinitiativen überall dort entfachen, wo sich demnächst ein Betonmischer drehen könnte.

ES GEHT UM MEHR ALS UM EINE RANDBEBAUUNG

Wir werden deshalb über mehr entscheiden als über die Randbebauung des Tempelhofer Feldes. Es geht um die Frage,

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

ob Berlin als Hauptstadt dieses Landes den Anspruch hat, das eigene Wachstum und die eigene Entwicklung aktiv zu gestalten, oder ob diese Stadt mit einer Mischung aus Tatenlosigkeit und Symbolpolitik einfach ihrer Zukunft entgegrudelt.

Es geht darum, was die Stadt tun kann, damit wir uns auch morgen unsere Woh-

nungen noch leisten können. Darum, ob wir die gegenwärtige Chance nutzen, um die öffentlichen Wohnungsbestände wieder zu vergrößern und den sozialen Wohnungsbau wieder voranzutreiben. Ob wir den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft aktiv und schweißtreibend fördern, oder ob wir ihren allmählichen Zerfall passiv, aber in aller Bequemlichkeit beklagen.

Ich wünsche mir, dass die Mehrheit des Abgeordnetenhauses sich zusammenfindet, um beim Volksentscheid dem hundertprozentigen Nein zur Veränderung einen eigenen Gesetzentwurf für die Zukunft des Feldes und für die Zukunft Berlins entgegenzustellen.

Auf die Debatte darüber freue ich mich jetzt schon. **Fritz Felgentreu** □

Tempelhof: Entscheidung für bezahlbares Wohnen, Naherholung und Sport

Was geplant ist, was verboten wäre

Am 25. Mai, dem Tag der Europawahl, findet auch die Abstimmung über das Volksbegehren zur Zukunft des ehemaligen Flughafengeländes Tempelhof statt. Nach dem Gesetzentwurf der Initiative dürfen dann weder die Pläne für bezahlbaren Wohnungsbau noch für Sport- und Kitaangebote weiterverfolgt werden. Die SPD-Fraktion prüft derzeit, ob sie einen Alternativentwurf zur Abstimmung bringt, in dem der große Innenbereich rechtlich als Freifläche gesichert, aber in strengen Grenzen Randbebauung ermöglicht wird.

ALLES VERBOTEN

Die Initiative gegen die Bebauung des Tempelhofer Feldes hat in ihrem Gesetzentwurf zahlreiche Verbote festgeschrieben.

Im Zentralen Wiesenbereich, einer Fläche innerhalb des so genannten Taxiways, die größer als der Große Tiergarten ist, darf nach dem Gesetzentwurf kein einziger neuer schattenspendender Baum gepflanzt werden. Abgestorbene Bäume dürfen nicht ersetzt werden. Verboten wären auch Parkbänke. Damit hätte das Gelände für ältere Besucherinnen und Besucher keine Attraktivität. Aber auch Familien würden im Sommer keinen Platz im Schatten finden. Verboten wären selbst Hinweisschilder. Sport- und Spielflächen innerhalb des Taxiways blieben ebenfalls verboten, auch das Aufstellen von Fußballtoren wäre nicht möglich. Die geplanten neuen Wege für Fußgänger dürften nicht angelegt werden, auch nicht der wichtige Radweg in Nord-Südrichtung.

Sitzgelegenheiten oder Abfallbehälter wären nur im äußeren Randbereich erlaubt. Hier dürften Wege beleuchtet werden und nur hier könnten auch in begrenztem Umfang Sportanlagen entstehen. Da allerdings auch hier „Erweiterungen der Gebäude, Bauwerke und baulichen Anlagen“ untersagt werden sollen, kämen öffentliche WC-Anlagen oder Duschen nur

Das Gelände des ehemaligen Flughafens dürfte bei einem Erfolg des Volksbegehrens nicht mehr verändert werden - notwendiger Wohnungsbau am äußeren Rand wäre unmöglich.



in Frage, wenn sie ohne eigens hierfür zu errichtende Gebäude funktionieren.

Nicht nur die vom Senat gemeinsam mit städtischen Wohnungsbaugesellschaften und einer Genossenschaft geplanten Wohnungen sollen verhindert werden. Auch der Bau von Kitaplätzen müsste unterbleiben. Und die notwendige Erweiterung des muslimischen Friedhofs am Columbiadamm wäre nicht mehr möglich.



Denkmal für die Opfer des KZ Columbiahaus am Columbiadamm. Auf dem Flughafengelände selbst sollen Ausgrabungen die Geschichte erfahrbar machen. Foto: Horb

GRÜN UND BEZAHLBARES WOHNEN

Eine riesige Grünfläche sehen die Pläne des Senats im zentralen Bereich des ehemaligen Flughafens vor. 230 Hektar, 20 mehr als der Große Tiergarten hat, sollen der Erholung dienen, aber die Parklandschaft soll auch die Bedürfnisse älterer Besucherinnen und Besucher oder von Familien berücksichtigen. Deshalb sollen Bäume gepflanzt, Bänke aufgestellt und Ruhezonen geschaffen werden können - die Natur wird bei diesen Plänen respektiert. Neue Rad- und Fußwege verbessern als Nord-Süd-Verbindung die Anbindung in die umliegenden Kieze.

Im geplanten Quartier am Tempelhofer Damm wollen zwei städtische Wohnungsbaugesellschaften und eine Genossenschaft bis zu 1.700 Wohnungen errichten. Sie haben sich bereits im Vorfeld verpflichtet, mindestens die Hälfte der Wohnungen zwischen den Preisen zwischen 6 und 8 Euro pro Quadratmeter anzubieten. Es soll zusätzlich dringend benötigtes studentisches Wohnen geben. Auf landeseigenen Grundstücken können diese Wohnungen preisgünstiger entstehen und gerade in der Innenstadt, wo städtische Unternehmen sonst wenig zur Entspannung der Wohnungsnachfrage sorgen können, für eine Entlastung sorgen. Weiterhin sollen Kitas und Bildungseinrichtungen und auf der Neuköllner Seite eine Schule und Sportflächen gebaut werden. **BS** □

Umwelt:

Scherbenaufen beim Recycling

Daniel Buchholz: Millionen-Streit ums Berliner Altglas und die Mieter zahlen die Zeche

Kurz vor Weihnachten erlebten viele BerlinerInnen im Ostteil der Stadt eine böse Überraschung: Die bewährten Tonnen für Weiß- und Buntglas waren über Nacht verschwunden. Auf Anordnung des Dualen Systems Deutschland (DSD) wurde über die Hälfte der Haus- und Hoftonnen abgezogen, selbst wenn der nächste Altglas-Iglu kilometerweit entfernt liegt. In einigen West-Bezirken droht zum 1. Januar 2015 die gleiche Umstellung, wenn nicht politisch dagegen gehalten wird.

Vor rund 20 Jahren wurde in Berlin ein vorbildliches System der getrennten Müllsammmlung eingerichtet. Flächendeckend wurden vor Mehrfamilienhäusern Tonnen für Weiß- und Buntglas aufgestellt. Das sicherte kurze Wege für die Verbraucher und im Vergleich zu anderen Großstädten hohe Sammelquoten. Aber Ende 2013 gab es für viele Mieterinnen und Mieter in den Bezirken Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick eine böse Überraschung. Die vertrauten Altglastonnen waren von einem Tag auf den anderen ohne Vorwarnung verschwunden, ihre Anzahl wurde in den drei Bezirken von über 14.500 auf gerade mal 7.000 reduziert.

Den überstürzten Abzug der Tonnen hatte das Duale System Deutschland (DSD) veranlasst. Als Hauptargument für die Umstellung wurde die schlechtere Qualität des Berliner Altglases genannt, insbesondere eine höhere Vermüllung und die viel zu kleinen Scherben, die sich schlecht maschinell nachsortieren und zu neuem Glas schmelzen lassen.

MIETER ZAHLEN DOPPELT DIE ZECHE

Die MieterInnen aus den drei Bezirken sollen ihre gebrauchten Flaschen und Gläser jetzt zum nächsten Altglas-Iglu tragen, so das DSD. Das erweist sich vielfach als schwieriges Unterfangen. Anstatt maximal 300 Meter müssen viele Mieter mehr als einen Kilometer zurücklegen - nicht nur für Ältere eine Zumutung. Entsprechend viele Proteste gab und gibt es bei den Vermietern und Verwaltern. Viele Mieter stellen ihre alten Flaschen einfach weiterhin bei den Tonnen-Sammelplätzen ab, oder sie schmeißen sie kurzerhand in die anderen Mülltonnen.

Für die VerbraucherInnen entfällt mit der Umstellung nicht nur der bisherige Komfort durch die haushaltsnahe Erfassung des Altglases. Sie zahlen für die chaotische und überflüssige Umstellung gleich



Statt der Tonne auf dem Hof soll der Weg zum nächstgelegenen Altglas-Iglu führen.

Foto: Buchholz

doppelt: Die Entsorgung des Altglases haben sie bereits vollständig an der Ladekasse durch die „Grünen Punkte“ auf den Flaschen bezahlt. Jetzt steigen durch vermehrte Fehlwürfe und Vermüllung auch die Abfall- und Hauswartkosten, folglich die Nebenkosten für alle Mieter. Der Abbau des bewährten Systems bringt außerdem erhebliche Nachteile für die Umwelt und das Klima.

DSD WILL KNALLHART KOSTEN REDUZIEREN

Nach der Anhörung im Umweltausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses am 15. Januar 2014 war schnell klar, dass es dem DSD in erster Linie um eine Kostenreduzierung geht. Der von der SPD eingelaadene unabhängige Gutachter hat darauf hingewiesen, dass für die Qualität von Altglas weniger relevant ist, ob das Glas im Hol- oder Bringsystem gesammelt wird. Stattdessen kommt es maßgeblich darauf an, wie gesammelt, transportiert und weiterverarbeitet wird.

Es geht bei der Müllbeseitigung wie immer um viel Geld und Millionenaufträge. Hinzu kommt, dass die Wertstoffsammmlung durch die bundesweit geltende Verpackungsverordnung in privatwirtschaftlicher Hand, hoch kompliziert und wenig effizient ist. Das DSD wollte Anfang 2014 zusätzlich zu den drei Ostberliner Bezirken auch in Spandau, Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf einen Großteil der bewährten Hoftonnen abziehen. Das hat (vorerst) die Stadtentwicklungsverwaltung verhindert, nach Auswertung des „Modellversuchs“ in den drei Ostbezir-

ken droht aber der gleiche Kahlschlag ab Anfang 2015.

BEWÄHRTE ALTGLASSAMMLUNG IN GANZ BERLIN SICHERN

Die Konsequenz aus dem vom DSD angeordneten Chaos ist für mich eindeutig. Die Umstellung erweist sich in mehrfacher Hinsicht als Bumerang mit höheren Kosten und weniger Umweltnutzen. Die Änderungen sind daher umgehend zurückzunehmen, Altglas muss wieder in ganz Berlin in Haus- und Hoftonnen gesammelt werden. Stattdessen ist die Sammelqualität durch verschließbare Tonnen vor den Häusern, „scherbenschonende“ Behandlung durch die Müllfahrzeuge und eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern.

Am allerbesten wäre es, wenn sich die SPD auf Bundesebene für eine Änderung der inzwischen überholten Wertstoffsammmlung durch Private einsetzen würde. Denn es ist wenig sinnvoll, den kommunalen Entsorgern die Sammlungen von Wertstoffen zu entziehen und stattdessen in einem Pseudo-Wettbewerb zwischen den großen Müll-Multis aufzuteilen. Das ist weder gut für die Umwelt, noch gut für den Geldbeutel der VerbraucherInnen.

Daniel Buchholz, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion □

Umwelt:

Senat startet Aktion „Berlin wird leiser“

Mit der Aktion „Berlin wird leiser. Aktiv gegen Verkehrslärm“ begann im vergangenen Jahr die erste Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Erstellung des Lärmaktionsplans. Dieser liegt nun als Entwurf vor und alle Berlinerinnen und Berliner sind eingeladen, ihn einzusehen und Hinweise oder Stellungnahmen abzugeben.

„Der Verkehr verursacht in Berlin, wie auch in anderen Großstädten, Lärmbelastungen, die oftmals gesundheitsgefährdende Grenzen erreichen oder auch überschreiten“, so Christian Gaebler, Staatssekretär für Verkehr und Umwelt. Der Planentwurf liegt bis zum 17.03.2014 bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Referat IX C, Brückenstraße 6, 10179 Berlin, Zimmer 7.013 öffentlich aus. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich Montag bis Freitag von 9.00 bis 16.00 Uhr und Donnerstag bis 18.00 Uhr informieren. **BS** □

Wohnen:

Sind Mieterbeiräte noch zeitgemäß?

Zur Diskussion: Frank Bielka über alte und neue Formen der Beteiligung

Stuttgart 21, Initiative zum Tempelhofer Feld, Volksentscheid zum Rückkauf der Anteile an den Berliner Wasserbetrieben: Immer mehr Bürgerinnen und Bürger engagieren sich bei Themen, die entweder ihr direktes Lebensumfeld oder auch Dinge der sogenannten Daseinsvorsorge betreffen. Die Menschen wollen nicht nur mitreden sondern auch mitentscheiden. Die Parteien als Instrumente politischer Willensbildung werden dabei mehr und mehr ignoriert. Sie sind den Menschen offensichtlich zu bürokratisch, zu langsam, zu schwerfällig.

Insofern wären die vor rund 30 Jahren in Berlin initiierten „Mieterbeiräte“ ein großartiges Instrument der gesellschaftlichen Teilhabe im Bereich Wohnen. Die Gründung dieser Mieterbeiräte wurde ab 1983 auf Anweisung des Senats verbindlich für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften geregelt und in deren Satzungen verankert. In Siedlungen mit mehr als 300 Wohnungen ist - je nach Anzahl der Wohnungen - ein mehrköpfiger ehrenamtlich tätiger Mieterbeirat von den Mieterinnen und Mietern zu wählen. Die Beiräte sollen gemeinsame Interessenlagen der Mieter koordinieren, diese in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Wohnungsunternehmen erörtern und zu einem Ausgleich bringen. Die Wohnungsgesellschaften sind angewiesen, Mieterbeiräte als wichtiges Element der Partizipation der Bewohner zu fördern und zu unterstützen und diese über geplante Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen und deren Folgen zu unterrichten.

Soweit Theorie und Bürokratie. Und die Praxis? Insgesamt gibt es für die rund 300.000 Wohnungen der sechs städtischen Wohnungsgesellschaften in Berlin rund 70 Mieterbeiräte mit zwei bis zwölf Mitgliedern (Stand 2012). Je nach Unternehmen gibt es für 13 Prozent (WBM) und 85 Prozent (HOWOGE) der Wohnungen Mieterbeiräte. degewo - mit 60.000 Wohnungen das größte kommunale Wohnungsunternehmen in Berlin - hat derzeit 22 Mieterbeiräte und deckt damit über die Hälfte seiner Wohnungen ab. Doch trotz intensiver Anstrengungen der Unternehmen wird es immer schwieriger, funktionierende Mieterbeiräte zu etablieren. Bei den positiven Fällen handelt es sich meist um homogene Mieterschaften, die seit Jahrzehnten in ihrem Kiez leben. Und davon scheint es immer weniger zu geben. So ist das ohnehin geringe Interesse von Mieterinnen und Mietern sich in Mieterbeiräte wählen zu



Frank Bielka ist Geschäftsführer der degewo.
Foto: Jens Röttsch/degewo

lassen, in den letzten Jahren weiter gesunken. Es gelingt kaum, für ausscheidende Mitglieder Nachrücker zu finden. Jüngere Mieter zeigen wenig oder kein Interesse. Geringe Wahlbeteiligung, Mieterversammlungen mit weniger als zehn Teilnehmern und ohne Kandidaten für den Mieterbeirat sind eher die Regel als die Ausnahme.

Woran liegt das? degewo sieht das Problem darin, dass statische und von „oben“ verordnete Gremien und Beiräte nicht mehr zeitgemäß sind. Ein Mitglied im Mieterbeirat muss die Interessen und Wünsche von Mit-Mietern vertreten - die nicht immer auch seine eigenen Interessen abbilden. Das kann lästig und zeitraubend sein. Und da es sich bei den Anliegen in der Regel um Probleme, Konflikte und auch um interne Streitigkeiten handelt, fragt sich ein Beiratsmitglied schon bald: Warum tu ich mir das eigentlich an? Ich verhandle meine Anliegen lieber bilateral mit meinem Wohnungsunternehmen.

Daraus allerdings ableiten zu wollen, dass die Mieter von heute kein Interesse an Partizipation, Mitsprache und Mitgestaltung haben, ist falsch. Die vielen funktionierenden Quartiersbeiräte, Betriebskostenbeiräte, Baubeiräte, Kiezbeiräte, Nachbarschaftsvereine oder Stadtteilvereine zeigen das. Und auch die Erfahrungen von degewo beweisen eher das Gegenteil. Unternehmen und Mieterschaft profitieren von einer vertrauensvollen und funktionierenden Zusammenarbeit. Deshalb wurden in den letzten Jahren die Kooperationen erheblich ausgebaut. Die Lehren: Mieterinnen und Mieter engagieren sich vor allem, wenn sie selbst betroffen sind und es einen aktuellen Anlass für gemeinsames Handeln gibt. Sind die Mieterinteressen direkt, konkret und zeitnah berührt, gibt es eine produktive und gestaltbare Zusammenarbeit zwischen Mietervertretern und Vermietern. Engagement der Mieter gibt es in erster Linie für „Projekte“, deren Dauer ab-

sehbar ist und die lösbar erscheinen. Andererseits: Ohne gemeinsames Interesse und gemeinsames Ziel geht selten etwas. Die Übersicht dessen, was degewo in den vergangenen Monaten und Jahren an projektbezogener Mieterpartizipation in verschiedenen Quartieren und Kiezen ausprobiert hat, ist lang. Die Erfahrungen sind überwiegend gut. Vier Beispiele:

○ Am Mariannenplatz in Kreuzberg führt degewo Mieterversammlungen mit offenen Themenstellungen in den Innenhöfen der Häuser durch. Dienten diese Treffen anfangs noch dazu, Beschwerden los zu werden, wurden nach und nach Partnerschaften für künftige Projekte entwickelt. Inzwischen gibt es mehrere Gruppen, die sich um eigene Bewohner-Projekte kümmern oder zum Beispiel die Neugestaltung einer Spielfläche vorantreiben.

○ In Marzahn kümmern sich Mieter ehrenamtlich und mit fachlicher Unterstützung durch degewo um den Betrieb eines Blockhauses, das in den Sommermonaten als Treffpunkt für viele Mieterkinder und auch Erwachsene im Wohnquartier dient.

○ In der Gropiusstadt bietet degewo Mieterversammlungen in den Häusern an, bei denen zum Beispiel gemeinsam über die Gestaltung der Hauseingänge entschieden wird. PC-Kurse, Kochkurse, Tage der Offenen Tür für Seniorinnen und Senioren, eine Galerie sowie Angebote des örtlichen Jugendhilfeträgers unterstützt degewo auch finanziell. Während die von degewo vorbereiteten vierteljährlichen Versammlungen der zwölf Mieterbeiräte in der Gropiusstadt gering frequentiert sind, sind andere Beteiligungsmöglichkeiten für Mieter gut nachgefragt.

○ Nachdem sich der Mieterbeirat im Wohnhaus Schlangenbader Straße wegen interner Differenzen aufgelöst hatte, gründeten ehemalige Beiratsmitglieder die „Mieter-Interessenvertretung-Schlangenbader Straße M.I.S.S.“. Sie fungiert als erste Anlaufstelle für Mieterinnen und Mieter bei kleineren wohnungsrechtlichen und nachbarschaftlichen Fragen. Das degewo-Stadtteilmanagement plant nun, mit M.I.S.S. einen Kooperationsvertrag abzuschließen.

Die Beispiele zeigen deutlich, dass Mieterpartizipation auch heute funktioniert, aber inzwischen anders und besser außerhalb starrer Gremienformen wie dem Mieterbeirat. Der von der Politik geforderte Ausbau eher bürokratisch arbeitender Mieterbeiräte scheint deshalb nicht mehr zeitgemäß. Stattdessen sollten neue Partizipationsmodelle gefördert werden.

Frank Bielka □

Friedrichshain-Kreuzberg:

Für unbeschwertem Spaß beim Spielen

SPD hat Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm auf den Weg gebracht

Noch hat die Spielplatzsaison nicht begonnen. Die Kälte hält Eltern und Kinder davon ab, die Nachmittage an der Rutsche, im Sandkasten oder auf der Parkbank zu verbringen. Aber lange dauert es nicht mehr, dann werden der Grimmspielplatz, der Drachenspielplatz und der Spielplatz am Görlitzer Ufer wieder zum Treffpunkt. Hier wird gespielt und getobt werden. Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg setzte sich mit einem Antrag auf dem Landesparteitag für eine Sanierung dieser Anlagen ein.

„Der Anstoß zu diesem Antrag kam aus unserer BVV-Fraktion und ist ein gutes Beispiel dafür, wie wir als Kreis die Themen vor Ort aufgreifen und auf die Landesebene einbringen“, so Ralf Höschele, stellvertretender Kreisvorsitzender der SPD Friedrichshain-Kreuzberg.

ZEHN MILLIONEN EURO
JÄHRLICH

Auf dem SPD-Parteitag am 2. November 2013 beschlossen die Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf Initiative aus Friedrichshain-Kreuzberg: Die sozialdemokratischen Mitglieder aus Senat, Abgeordnetenhaus und BVV sollen sich für die Bereitstellung von mehr Mit-



Für die Sauberkeit der Spielplätze sorgen SPD-Mitglieder aus Friedrichshain-Kreuzberg mit regelmäßigen Putzaktionen. Jetzt haben sie darüber hinaus auch mehr Gelder für die Sanierung der Anlagen durchgesetzt.
Foto: Doering

teln zur Sanierung der Spielplätze einsetzen. Mit dem Doppelhaushalt 2014/2015 wurde das Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm beschlossen. Damit werden den Bezirken jährlich insgesamt zehn Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Mit dem Geld können dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen für Kitas und Liegenschaften des Landes Berlin vorgenommen werden. Außerdem kann das Geld genutzt werden, um Spielanlagen und öffentliche Spielplätze wieder in Schuss zu bringen.

Björn Eggert, Kreuzberger und Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, betont die Bedeutung dieser Maßnahme: „Wir brauchen unsere Spielplätze! Einige unserer Spielplätze aber brauchen eine Sanierung, um kindgerecht und sicher zu sein.“

Ich bin froh, dass im Haushalt Mittel gesichert sind, um diese wichtigen Maßnahmen vorzunehmen. Und als Kreuzberger bin ich natürlich stolz, dass wir hierzu beigetragen haben.“

Aktuell entwickeln die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft und die Bezirke die Rahmenbedingungen für die Programmumsetzung. Nach den aktuellen Planungen sollen die Mittel nach der Anzahl der Kinder im Bezirk verteilt werden.

„Mit dem Programm investieren wir unkompliziert und bedarfsgerecht in die Liegenschaften, in Spielplätze und in Kitas der Hauptstadt. Wir investieren in essentielle Orte für ein kindergerechtes Berlin“, so Björn Eggert. **BS □**

„Denken wäre ein guter Anfang“

Treptow-Köpenick: Bürger sind aktiv gegen Neo-Nazis

Am 8. Februar hatte die NPD kurzfristig zu einer Kundgebung in Treptow-Köpenick aufgerufen. Der Termin fand im Rahmen einer berlinweiten Reihe von NPD-Veranstaltungen statt. Erst einen Tag vorher wurde er bekannt. Dennoch ließen es sich viele Demokratinnen und Demokraten nicht nehmen, eine lautstarke und bunte Gegenkundgebung auf die Beine zu stellen.

Sehr schnell - und sehr einflussreich hatte das bezirkliche Bündnis für Demokratie zu einer Gegenkundgebung aufgerufen. Bezirksbürgermeister Oliver Igel, MdB Matthias Schmidt und die örtliche SPD-Abteilung Allende/Wendenschloss sind u. a. dem Aufruf gefolgt. Die Teilnehmerzahl der Gegenkundgebung übertraf das Grüppchen der NPD-Akteure deutlich. Das ist auch ein erfreuliches Zeichen des starken Engagements unserer Partei gegen Rechts! Rechte Parolen haben bei uns - im Kiez und überall in Europa - keinen Platz! Immer wieder war



Oliver Igel (Bezirksbürgermeister), Vincent Paul und Matthias Schmidt (MdB), auf der Demo.

in Richtung der NPD zu hören: „Ihr seid so lächerlich, ihr seid so lächerlich...“

Hintergrund der Kundgebung war eine Flüchtlingsnotunterkunft, die Ende 2013 im Allende-Viertel eingerichtet wurde, um vielen syrischen Flüchtlingen - nach einer Zeit der Not und Vertreibung - eine Unterkunft zu geben. Es ist zweifellos richtig, dass eines der wohlhabendsten Länder der Welt seine humanitäre Verantwortung

wahrnimmt. Und dies geschieht auch lokal in den Kiezen. Bundesweit hatte sich Deutschland zuletzt verpflichtet, 5000 Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Für die NPD war dies ein Grund für eine irrwitzige Kundgebung, die Steuergelder kostet (großer Polizeieinsatz parallel zum Union-Fußballspiel) und die Bevölkerung nur politisch nervt! Wie sollen jemals einfallslose, rückwärtsgewandte und angsterfüllte Ideen die Fragen, Hoffnungen und Möglichkeiten der Zukunft beantworten?

Es war wichtig und sehr schön anzusehen, dass der demokratische Zusammenhalt von Parteien, Bündnissen und (Jugend-)Initiativen gegen rechte Parteien hier bestens funktioniert hat! Auch wir als örtliche SPD-Abteilung werden uns weiter an einer vielfältigen und fairen Gesellschaft auf der Grundlage von Demokratie, Toleranz und Frieden aktiv beteiligen!

Den Rechten möchten wir sagen: „Ich denke, also bin ich.“ (René Descartes) Denken wäre also schon mal ein guter Anfang... **Vincent Paul, Vorsitzender Abteilung Allende/Wendenschloss in Treptow-Köpenick □**

Marie-Schlei-Verein:

Dreißig Jahre Arbeit für Frauen

Der Marie-Schlei-Verein e.V. wurde 1984 in Erinnerung an die frühere Entwicklungshilfeministerin Marie Schlei gegründet. Zum 30jährigen Jubiläum wird es am 29. März 2014 in Hamburg einen Festakt geben.

Der Marie-Schlei-Verein fördert Frauen in Entwicklungsländern und setzt ihr Recht auf Bildung durch. Rund 500 Selbsthilfeprojekte von Frauen für Frauen hat der Marie-Schlei-Verein bisher unterstützt. Diese Ausbildungsprojekte tragen zur Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung bei und zu einer gleichberechtigten Gesellschaft. Für seine Projekte ruft der Marie-Schlei-Verein zu Spenden auf. **BS** □

➔ Spendenkonto des Vereins. SPARDA Hamburg, BLZ 206 905 00, Konto 602 035 IBAN DE92 2069 0500 0000 6020 35, BIC: GENODEF1S11

Religion:

Arbeitskreis für Muslime gegründet

Am vergangenen Freitag hat sich im Willy-Brandt-Haus ein Arbeitskreis von Musliminnen und Muslimen in der SPD gegründet.

Anlässlich dieser Gründung fand eine Podiumsdiskussion unter anderem mit der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Aydan Özoguz statt, auf der über die Frage „Wie viel Religion braucht eine Gesellschaft?“ diskutiert wurde. Bislang gab es bereits Arbeitskreise für christliche sowie für jüdische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Ein Arbeitskreis der Laizisten wurde vom SPD-Vorstand bislang nicht anerkannt. **BS** □

Charlottenburg-Wilmersdorf:

8. März: Rosen von Klaus Wowereit

Zusammen mit dem Regierenden Bürgermeister, Klaus Wowereit, verteilt die ASF Charlottenburg-Wilmersdorf wie in den vergangenen Jahren am Internationalen Freitag Rote Rosen auf der Wilmersdorfer Straße.

Auch mit Blick auf die Europa-Wahl will die ASF dabei mit vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen. Rosenverteilaktionen der Berliner SPD finden an diesem Tag auch in vielen anderen Bezirken statt. **BS** □

➔ Rosenverteilaktion mit Klaus Wowereit, 8.03.2014, 15:00 Uhr, Wilmersdorfer Straße/ Vor Karstadt, 10627 Berlin

**Parteiwahlen:**

So wurde gewählt

Ergebnisse aus den Abteilungen und Kreisen

Mitte. Die ASF-Mitte wählte am 28. Januar ihren Vorstand neu. Wiedergewählt wurden Susanne Fischer als Vorsitzende und Jenny-Antonia Schulz als Schriftführerin (beide einstimmig), sowie Julie Rohe und Wendula Strube als stellvertretende Vorsitzende. Neu in den Vorstand rückte Aliye Stracke-Gönül, die haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion der BVV-Mitte als stellvertretende Vorsitzende.

Charlottenburg-Wilmersdorf. Gotthard Krupp ist weiterhin Vorsitzender der Abteilung Rund um den Karl-August-Platz. Felix Kramer ist neuer Vorsitzender der Abteilung City-Westend. Er folgt Yves Clairmont, der gemeinsam mit Carolina Böhm (vorher Schriftführerin) als stellvertretender Vorsitzender gewählt wurde. Kassiererin ist Silvia Klein, neue Schriftführerin Janine Bohlmann. Die Abteilung Wilmersdorf-Süd hat Florian Dörstelmann zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Er ist Nachfolger der langjährigen Vorsitzenden Constanze Röder. Die Abteilung 91 Wilmersdorf-Südost hat einen neuen Vorsitzenden: den Frakti-

Empfang von 60plus

Zu ihrem traditionellen Empfang hatte die AG 60plus am 14. Februar Mitglieder und viele engagierte Vertreterinnen und Vertreter aus Seniorenvertretungen, Vereinen und Verbänden in das Nachbarschaftshaus Urbanstraße eingeladen. Der Vorsitzende der AG60plus Werner Kleist begrüßte die Gäste. Vor allem mit Blick auf die Europawahl in diesem Jahr betonte er die Notwendigkeit der Solidarität in einem sozialen Europa. **Foto: Steffen**

onsvorsitzenden der SPD BVV-Fraktion in Charlottenburg-Wilmersdorf, Holger Wuttig.

Pankow. Die SPD Alt-Pankow wird in den kommenden zwei Jahren von Philipp Kramp geführt, der einmütig zum neuen Abteilungsvorsitzenden gewählt wurde. Zu seinen Stellvertreterinnen wurden Anne Pohling und Elisabeth Petersen gewählt. Der bisherige Vorsitzende Torsten Schneider, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, übernimmt ebenfalls die Funktion eines stellvertretenden Vorsitzenden. Rainer Papke als Kassierer und Rolf Henning als Schriftführer wurden in ihren Funktionen bestätigt.

Lichtenberg. Kevin Hönicke ist am 14. Februar von den Jusos Lichtenberg mit 88 Prozent als Vorsitzender wiedergewählt worden. **BS** □

➔ Die Wahlergebnisse des geschäftsführenden Abteilungsvorstands oder der Kreisarbeitsgemeinschaften bitte per Mail an: berliner.stimme@spd.de

Die Zukunft der Stadt

Jusos laden zum Stadtpolitischen Kongress

Am heutigen Sonnabend laden die Berliner Jusos zum Stadtpolitischen Kongress Berlinupsidetown.

Mit dabei sind Akteure aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Praxis und Politik. In insgesamt acht Panels diskutieren die TeilnehmerInnen über junge Kreative und ihre sozialen Bedingungen, über das Wohnen in der Stadt, das Berliner Transportsystem, Mitbestimmung, solidarisches Miteinanderleben, Protest, verschiedene Milieus und unsere Stadt in Krisenzeiten. Zu den Referentinnen und Referenten gehören u.a. der Stadtsoziologe Andrej Holm und Stadtentwicklungssenator Michael Müller, Erik Gührs, SPD-Fraktionsvorsitzender BVV Lichtenberg, der Berliner



Bauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Dr. Alexander Dix oder die frühere Organisatorin des MyFest Silke Fischer. **BS** □

➔ 22. Februar, ab 10 Uhr, JugendKultur-Zentrum PUMPE, Lützowstr. 42, 10785 Berlin, Stadtpolitischer Kongress Berlinupsidetown. Alle Infos zum Kongress unter www.berlinupsidetown.de

Arbeitsgemeinschaften:

Barrieren abbauen

Fragebogenaktion der AG Selbst Aktiv

Die SPD Berlin startet eine Mitgliederbefragung, mit der die Barrieren erfasst werden sollen, auf die Menschen mit Behinderung in ihrer Parteiarbeit stoßen.

Auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft „Selbst Aktiv - Menschen mit Behinderung in der SPD“ wird mit den Einladungen zu den diesjährigen Parteiwahlen ein entsprechender Fragebogen verschickt. Im Mai 2013 hatte der Landesparteitag beschlossen, dass die aktive Parteiarbeit auch allen Menschen mit Behinderung ermöglicht werden muss.

Selbst-Aktiv-Vorsitzende Karin Sarantis-Aridas freut sich über die jetzt angelaufene Befragung: „Erst einmal zu erfahren, wo behinderte Mitglieder überhaupt auf Barrieren stoßen, ist der erste notwendige Schritt, um die Teilhabe aller Mitglieder langfristig ermöglichen zu können.“

BS □

➔ Der Fragebogen ist auch im Internet zu finden <https://www.spd-berlin.de/selbst-aktiv-fragebogen> Auch ohne den Fragebogen können Erfahrungen mit Barrieren per Mail an barrierefrei.berlin@spd.de geschickt werden.

„Willkommen an Bord!“

Zum 1. März 2014 wechseln die zwei Reinickendorfer Bezirksverordneten Sascha Rudloff und Benjamin Adamski von den Piraten in die SPD-Fraktion Reinickendorf.

Die SPD-Fraktion freut sich über diesen Wechsel und heißt die beiden herzlich willkommen. „Wir haben Sascha Rudloff und Benjamin Adamski in den letzten 2,5 Jah-

ren als sehr engagierte und zuverlässige Kollegen kennen gelernt, die sich mit Engagement in die Reinickendorfer Kommunalpolitik einbringen. Es freut uns daher umso mehr, dass sie die SPD als ihre neue politische Heimat gewählt haben und wir freuen uns auf die Bereicherung der Arbeit unserer Fraktion“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Gilbert Collé,

PM □

„Erfahrungsreiche Zeit“

Schülerpraktikantinnen der Berliner SPD ziehen Bilanz

Im Rahmen unseres Schülerpraktikums der 9. Klasse arbeiteten wir drei Wochen lang im Landesverband der SPD im Kurt-Schumacher-Haus.

Wir waren hier, weil uns Politik sehr interessiert und wir wissen wollten, welche Aufgaben man hier verrichtet. Die Arbeiten, mit denen wir vertraut gemacht worden sind, waren folgende: Teilnahme am Landesvorstand, Recherche über verschiedene Dinge, Orte oder Personen oder die Teilnahme an der Plenarsitzung im Abgeordnetenhaus im Januar 2014.

In der Poststelle wurde uns außerdem gezeigt, wie Adressen auf Briefe gedruckt, Briefe einsortiert und gedruckt werden. Außerdem durften wir die hausinterne Grafik kennenlernen. Dies war sehr interessant.

Wir beide hatten auch eine Einladung vom Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg bekommen. In dieser wurde zur Veranstaltung der Gedenkfeier und Kranzniederlegung von Max Sievers eingeladen.

Am zweiten Sonntag in unserem Praktikum waren wir in der Arena Berlin, um am Bundesparteitag und der Europadelegiertenwahl teilzunehmen. Die Politikerinnen



Absolvierten ein Praktikum bei der Berliner SPD:
Zoe T. K. und Merle S. H. Foto: SPD Berlin

und Politiker, die dort anwesend waren, hatten den Europakandidaten für Europawahl gewählt. Auf der Tagesordnung standen außerdem die Rede von Martin Schulz sowie die Wahlen von Schatzmeister/in, Generalsekretär/in und stellvertretenden Parteivorsitzenden.

Alles in Allem liegt eine gute, erfahrungsreiche Zeit hinter uns. Wir haben gute Bekannte und sicherlich auch Freunde gefunden. Die uns, wenn es mal Probleme gab, mit ruhiger Hand geholfen haben. Es war sehr schön hier und wir hoffen, die Personen im Kurt-Schumacher-Haus wiederzusehen. **Zoe T. K. und Merle S. H.** □

FRAKTION INTERN

Wohnaufwendungsverordnung erfolgreich. Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ülker Radziwill, sieht die 2012 in Kraft getretene Wohnaufwendungsverordnung als erfolgreich an. Die Richtwerte für angemessene Mieten werden mit jedem neuen Berliner Mietspiegel bzw. bundesweiten Heizspiegel überprüft und falls nötig angepasst. „Die Kopplung der Richtwerte an Mietspiegel und Heizkostenspiegel berücksichtigt aktuelle Preisentwicklungen und liegt im Interesse der Betroffenen“, sagt Radziwill.

Auf Basis des aktuellen Heizspiegels hat der Senat die Richtwerte für angemessene Mieten für Hartz IV- und Sozialhilfebeziehende angehoben. Damit wird die Preisentwicklung bei den Energiekosten berücksichtigt. Von den ab dem 1. März geltenden Erhöhungen profitieren rund 303.000 Berliner Haushalte. Die Heizkostenzuschüsse variieren nach Wohnungsgröße, der Größe des Gebäudes und nach der Heizart. Nach der aktuellen Anpassung stehen einem Einpersonenhaushalt durchschnittlich künftig acht Euro, einem Fünfpersonenhaushalt 15 Euro mehr für Miete und Heizung zur Verfügung.

Die Zahl der vom Amt veranlassten Zwangsumzüge aufgrund zu hoher Wohnkosten ist sogar um mehr als 70 Prozent gesunken. Mussten vor Einführung der Wohnaufwendungsverordnung 2011 noch 1313 Haushalte umziehen, waren es 2013 nur noch 419 Haushalte.

Neue Räume der Aids-Hilfe eröffnet. SPD-Fraktionschef Raed Saleh hat ein Grußwort bei der Eröffnung der neuen Beratungsräume der Berliner Aids-Hilfe (BAH) und des Café Ulrichs in Schöneberg gehalten. Das neue ehrenamtliche Gastronomieangebot der BAH will allen Menschen einen Besuch ermöglichen - ob jung oder alt, mit oder ohne HIV, mit weniger oder mehr Geld.

Ausschuss der Regionen. Der europapolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Frank Zimmermann, vertritt das Abgeordnetenhaus im Ausschuss der Regionen des EU-Parlaments. Aufgrund seiner Berichterstattung zum geplanten Telekom-Reformpaket wurde eine kritische Stellungnahme im Ausschuss der Regionen verabschiedet und an die Europäische Kommission weitergeleitet.

Informationen. Aktuelle Informationen zur Arbeit der Fraktion gibt es im Internet unter www.spdfraktion-berlin.de und www.facebook.com/spdfraktionberlin. Alle Broschüren, Faltblätter und weitere Publikationen können auf der Homepage der Fraktion als PDF heruntergeladen oder bestellt werden. **cs** □

Wirtschaft:

Nur für den Tanz der Konzerne?

Frank Zimmermann über Gefahren eines Freihandelsabkommens zwischen EU und USA

Schon der Titel führt in die Irre. Um Freihandel geht es bei der geplanten Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), bei uns als Freihandelsabkommen bekannt, nur am Rande. Jeden Tag werden zwischen Nordamerika und der EU Waren und Dienstleistungen im Wert von 1,8 Milliarden Euro gehandelt. Das entspricht 30 % des gesamten Welthandels. Zollschranken - meist mit niedrigen Tarifen - gelten nur noch für rund 5 % des Handelsvolumens zwischen EU und USA. Tarifäre Handelshemmnisse behindern den Warenaustausch über den Atlantik praktisch nicht mehr. Tatsächlich geht es um etwas anderes.

DIE SCHUTZGESETZE
STÖREN

Seit der Gründung des Transatlantischen Wirtschaftsrats (TEC) im Jahr 2007 streben beide Seiten vor allem den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse an. Es sind die staatlichen Zulassungsstandards und Schutzgesetze, die stören. Erklärte Ziele des TEC sind die Harmonisierung von Industriestandards und der regulierenden Gesetzgebung sowie der Zugang für Investoren zur öffentlichen Auftragsvergabe der jeweils anderen Seite.

All dies soll nun als verbindliches Völkerrecht den erlösenden Wachstumsschub erzeugen. EU-Handelskommissar Karel de Gucht schwärmt bereits von einer zusätzlichen Wirtschaftsleistung von 119 (!) Milliarden Euro in der EU und 500 Euro mehr Jahreseinkommen pro Familie.

UNTERSCHIEDLICHE
WACHSTUMSERWARTUNGEN

Die Bertelsmann-Stiftung hat sogar schon die Wachstumsraten bis hinters Komma berechnet: USA +13,4 %, GB + 9,7 %, Spanien + 6,6 %, Deutschland + 4,7 % - alles in einem Zeitraum von 15 Jahren.

Andere sind nicht so euphorisch. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) sieht nur geringe Beschäftigungswirkungen in Deutschland, die durch die Langfristigkeit der Wachstumseffekte marginal seien. Zudem drohe die Gefahr einer Schwächung des Handels mit den südlichen Euro-Ländern. Auch die Ökonomen des Ifo-Instituts prognostizieren für Deutschland eine Verlagerung vom inhereuropäischen (- 30 %) hin zum atlantischen Handel.

Wie auch immer der Aufschwung ausfal-



Frank Zimmermann ist europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus.

Foto: SPD Berlin

len mag - klar ist schon jetzt, wo er angekurbelt werden soll. Nach einer Studie des Centre for Economic Policy Research in London von 2013 resultiert der wirtschaftliche Nutzen des TTIP zu 80 % aus dem Abbau von Regulierung sowie der Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs und des öffentlichen Ausschreibungswesens.

Das heißt im Klartext: Allein die Privatisierung öffentlicher Leistungen und die Absenkung gesetzlicher Schutzstandards versprechen zusätzliche Gewinne für Investoren.

Stichwort: TTIP

Die TTIP - Transatlantic Trade and Investment Partnership - ist ein Handels- und Investitionsabkommen das derzeit zwischen der EU und den USA verhandelt wird. Die Verhandlungen haben im Juli 2013 begonnen. EU und USA treffen sich nach der bisherigen Planung vom 10. bis 14. März in Brüssel zur vierten Verhandlungsrunde.

Die EU und die USA unterhalten bereits die weltweit größte bilaterale Handelsbeziehung. Umstritten war bereits zu Beginn, ob auch in Europa besonders geschützte Bereiche wie die Kultur in das Abkommen einbezogen werden, was etwa die Buchpreisbindung oder die Filmförderung gefährden könnte. □

So soll denn auch mit einem ausgeklügelten Investorenschutz eine unternehmensfreundliche staatliche (De-) Regulierung erzwungen werden.

LEICHTES SPIEL
FÜR KONZERNE

Zunächst ist vorgesehen, das höchste Liberalisierungs- und Investitionsschutzniveau zu vereinbaren, auf das sich beide Seiten bisher in anderen Handelsabkommen verständigt haben. Zur Durchsetzung von Ansprüchen gegen die Staaten sollen dann außerstaatliche Schiedsgerichte über Schadenersatz entscheiden, wenn ein tatsächlicher oder erwarteter Gewinn durch staatliche Rechtsetzung beeinträchtigt wird. Dann hätte Vattenfall leichtes Spiel mit seinen Forderungen wegen des deutschen Atomausstiegs.

Da selbst in der EU-Kommission Zweifel an einem solchen „Schlichtungsmechanismus“ laut wurden, schlugen die US-Unterhändler nun einen „modifizierten Investorenschutz“ vor. Danach sollen Schiedsgerichte erst nach Ausschöpfung des ordentlichen Rechtswegs tätig werden. Der Unterschied ist gering.

SIND UNSERE STANDARDS NOCH
ZU HALTEN?

Äußerst fraglich ist, ob Arbeits- und Sozialstandards dann noch zu halten sind. Schon innerhalb der EU ist es Rechtspraxis, daß die Tarifbindung bei öffentlichen Aufträgen ausgehebelt wird, wenn der Billig-Anbieter ein geschütztes Marktzugangsrecht hat. Es steht zu befürchten, daß dieses Prinzip erneut kodifiziert wird. Schließlich entfallen 25 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU auf Unternehmen, die von öffentlichen Aufträgen abhängig sind.

Ein Investitionsschutzabkommen mit eigenständiger Gerichtsbarkeit wäre auch das Ende einer wirksamen europäischen Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik. Die Öffnung des europäischen Markts für Fracking-Technologie oder Chlorhähnchen wäre nicht mehr zu verhindern.

Bislang ist nichts entschieden. Die Verhandlungen stocken wegen der NSA-Affäre. Ob am Ende ein Abkommen zwischen EU und USA Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger bringt oder nur die Konzerne zum Tanzen bringt - darüber muss eine intensive, kontroverse Debatte geführt werden.

Die Europa-Wahl wäre eine Gelegenheit dazu. **Frank Zimmermann** □

Jugend & Europa:

U18 wird europäisch

Hella Dunger-Löper: Projekt bringt die EU näher und sorgt für mehr Kompetenz

Vor Abgeordnetenhaus- oder Bundestagswahlen sind die U18-Wahllokale inzwischen eine Selbstverständlichkeit. Am 16. Mai wird nun erstmals auch vor einer Europawahl allen Jugendlichen unter 18 Jahren die Abstimmungsmöglichkeit gegeben. Bei einer Veranstaltung im Roten Rathaus begrüßte Staatssekretärin Hella Dunger-Löper die Organisatoren.

„Die Herausforderungen, vor denen wir beim Thema Europa stehen, haben es in sich: bei der Europawahl 2009 haben in Deutschland gerade einmal 27% der 18 bis 24jährigen ihre Stimme abgegeben“, so Hella Dunger-Löper. „Dazu kommt: Viele politische Debatten zeichnen das Bild einer auf halber Strecke verunfallten, undurchschaubaren ‚Krisen-Union‘. Das verunsichert und weckt gerade bei jungen Menschen nicht unbedingt Lust auf Mehr.“

Für das Projekt U18 folgt aus Sicht der



Auftaktveranstaltung zur Vorbereitung der U18-Wahl am 16. Mai.

Staatssekretärin ein „Jetzt erst recht!“ „Bei aller Diskussion um die demokratische Legitimation der Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union“, so Hella Dunger-Löper, „ist doch eines klar: Die Europawahl ist die Möglichkeit für alle EU-Bürgerinnen und Bürger, direkt und unmittelbar über

eine europäische Volksvertretung selbst zu bestimmen, die durch den Lissabon-Vertrag mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet ist. Zugleich werden die Wählerinnen und Wähler damit maßgeblich entscheiden, wer künftig die Europäische Kommission führt.“

Gewählt wird in Freizeiteinrichtungen, Schulen, Schulclubs, Sportvereinen, Bibliotheken. Im Rahmen der „U18 Europawahl 2014“ erfahren junge Menschen, welche konkrete Bedeutung die EU für ihren Alltag habe, so Hella Dunger-Löper. Sie lernen Politik zu verstehen, Unterschiede zwischen Parteien zu erkennen und ihre Meinung zu äußern. Sie erwerben Kompetenzen, um eigene Positionen in europäischen Fragen zu beziehen. Das stärkt die Wählerinnen und Wähler von morgen. Das durch die Senatskanzlei und Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft geförderte Projekt koordiniert die Stiftung SPI. **BS** □



Eine Frage an Sylvia-Yvonne Kaufmann:

Unternimmt die EU genügend im Kampf gegen Korruption?

Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Kandidatin für die Wahlen zum Europäischen Parlament

Durch Bestechung entsteht in der EU jedes Jahr ein Schaden von 120 Milliarden Euro, heißt es im jetzt erstmals von der EU-Kommission vorgelegten Bericht zur Korruptionsbekämpfung. Wird in der EU genug getan, um Korruption zu bekämpfen?

In den vergangenen Jahren hat die EU ihre Aktivitäten beim Kampf gegen Korruption erheblich verstärkt. Im Bereich Justiz und Inneres ist sie erklärtermaßen eine der Prioritäten. Dabei wird die EU in unterschiedlicher Weise auf mehreren Ebenen tätig, und zwar in den EU-Institutionen, bei der Vergabe von Fördermitteln, in den Mitgliedstaaten, gegenüber Beitrittskandidaten sowie Nachbarländern und Drittstaaten.

Ein koordiniertes Vorgehen und gemeinsame Aktionen allein innerhalb der EU sind jedoch schwierig, da es in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedliche Rechtssysteme und divergierende Auffassungen darüber gibt, was juristisch als kor-

rupt bezeichnet werden kann. Verabschiedet wurden zahlreiche Vereinbarungen und Rechtsvorschriften zur Betrugsbekämpfung, vor allem im Rahmen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit. So das bereits 1999 in Tampere vom Europäischen Rat beschlossene Aktionsprogramm, der 2002 gefasste Rahmenbeschluss zur Korruptionsbekämpfung im privaten Sektor oder das Haager Nachfolgeprogramm für 2005 bis 2010. 2011 verschärfte die Kommission den Kampf gegen Betrug mit EU-Mitteln.

2009 sollte es bereits eine Bewertung der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Korruption durch die Kommission geben, doch erst Anfang Februar 2014 legte sie ihren ersten Bericht vor. Angeblich hätten die EU-Mitgliedstaaten immer wieder interveniert. Die Kommission konzentrierte sich auf die Untersuchung der öffentlichen Auftragsvergabe, wo die Korruption besonders ausgeprägt sei. Korruptionsbedingt müssten die Bürgerinnen und Bürger hier um die 20 bis 25 Prozent zu viel bezahlen. Auch im Gesundheitswesen und in der Pharmaindustrie liege es laut Bericht sehr im Argen. Überraschung löste aus, dass eine Passage über Korruption in den EU-Institutionen fehlt, obwohl ein Berichtsentwurf des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) vorgelegen hätte. Al-

erdings kann die Kommission darauf verweisen, dass sie einen Verhaltenskodex für Kommissare beschlossen hat, die nach Beendigung ihrer Amtszeit in die Wirtschaft wechseln wollen. Ausschlaggebend war 1999 der Fall Bangemann, der ohne Karenzzeit bei der spanischen Telefónica einsteigen wollte.

Eindringlich mahnt die Kommission, dass insbesondere in Deutschland der Wechsel von der Politik in die Wirtschaft geregelt werden müsse (s.auch S. 15). Auch die Wahlkampffinanzierung weise Probleme auf. Ferner müssten kleinere und mittlere deutsche Unternehmen stärker vor Auslandsbestechung gewarnt werden. Grundsätzlich bedürfe das Verhältnis zwischen Lobbyisten und Amtsträgern klare Regeln, die bislang in den meisten EU-Staaten ebenso fehlten wie härtere Strafen für Bestechung und Bestechlichkeit. Generell mangle es in den EU-Mitgliedsländern oft am politischen Willen, ernsthaft gegen Korruption vorzugehen. Sie bleibe eine „Herausforderung für Europa“. □

Bis zur Europawahl am 25. Mai 2014 veröffentlicht die BERLINER STIMME Fragen an Sylvia-Yvonne Kaufmann zur europäischen Politik. Gerne geben wir auch Ihre Fragen weiter. Schicken Sie sie uns einfach per Mail an berliner.stimme@spd.de oder per Postkarte an Berliner Stimme, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Dokumentation

„Für eine linke Reformperspektive“

Im Wortlaut: Das Positionspapier aus der Parteilinken

In einem Positionspapier beschreiben Vertreter der Parteilinken, darunter der Berliner Landesvorsitzende Jan Stöß, die Juso-Vorsitzende Johanna Uekermann und der stellvertretende Bundesvorsitzende Ralf Stegner, Wege zu einer linken Reformperspektive. Die BERLINER STIMME dokumentiert das Papier im Wortlaut.

Trotz des enttäuschenden Ergebnisses bei der Bundestagswahl hat die SPD sich in den vergangenen Monaten gut aufgestellt. In den Verhandlungen mit der Union über eine Koalition konnten gemessen an den bestehenden Mehrheitsverhältnissen viele sozialdemokratische Ziele durchgesetzt werden. Maßgeblich beigetragen zur guten Verhandlungsposition hat die richtige Entscheidung, die Mitglieder zu den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen zu befragen. Es ist uns damit gelungen, einen Diskussionsprozess in Gang zu setzen, der nicht nur unsere Mitglieder sondern auch viele Menschen außerhalb unserer Partei über das Für und Wider einer großen Koalition beteiligt hat. Unsere Mitglieder hatten das letzte Wort. Die SPD hat gezeigt, wie Parteien auch im 21. Jahrhundert der Ort sein können, in dem die zentralen politischen Debatten über gesellschaftliche Zukunftsfragen geführt werden. Sie können es dann sein, wenn Beteiligung nicht nur vorgespielt wird, sondern die Mitglieder ein konkretes Mitentscheidungsrecht haben.

Die Mitglieder der SPD haben sich mit deutlicher Mehrheit aus den unterschiedlichsten Gründen für den Koalitionsvertrag ausgesprochen. Gleichzeitig hat aber auch rund ein Viertel der Mitglieder mit Nein gestimmt. Auch und gerade für diese Mitglieder muss die SPD weiterhin politische Heimat bleiben. Wir werden dafür sorgen, dass das so bleibt! Aber auch bei denjenigen, die zugestimmt haben, muss für diese Zustimmung immer wieder geworben werden.

Die positive öffentliche Wahrnehmung zum Ende des Jahres 2013 darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass wir unsere Wahlziele bei der Bundestagswahl verfehlt haben. Schlimmer noch: Diese Wahl hat zum zweiten Mal in Folge deutlich gemacht, dass es derzeit keine linke gesellschaftliche Mehrheit gibt. Damit können und dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Aus den Ursachen müssen Konsequenzen gezogen werden. Die SPD muss als linke Volkspartei den Anspruch haben, nicht nur selbst die Regierung zu führen, sondern in und mit einem progressiv-linken Reform-



Offen für den Dialog: die SPD.

Foto: Horb

bündnis Mehrheiten für eine fortschrittliche Politik zu bilden. Dafür müssen in den kommenden vier Jahren die Weichen gestellt werden: In der Regierungsarbeit. In der programmatischen und organisatorischen Aufstellung der Partei. Und in der strategischen Bildung einer linken Reformbewegung.

DIE GLAUBWÜRDIGKEIT ZÄHLT

Die Koalition mit CDU und CSU ist keine Wunschhochzeit. Sie bietet Chancen und Risiken. Wir wollen die Chancen maximieren und die Risiken minimieren. Neues Vertrauen und damit Mehrheitsfähigkeit entstehen durch Glaubwürdigkeit. In vielen Bundesländern hat die SPD gezeigt, dass sie nach der Wahl das tut, was sie vorher versprochen hat und dass es einen Unterschied macht, wer die Regierung stellt. Damit ist die SPD in vielen Ländern erfolgreich – diese Glaubwürdigkeit müssen wir uns auch auf Bundesebene erarbeiten! Bei der Bundestagswahl haben uns viele Menschen den notwendigen Politikwechsel noch nicht geglaubt. Das hat auch gezeigt: Vertrauen kann leicht verspielt werden, es ist aber umso schwerer, verspieltes Vertrauen zurück zu gewinnen.

Mit der Beteiligung an der Bundesregierung können wir zeigen, dass wir es ernst meinen. In der Koalitionsvereinbarung haben wir viele sozialdemokratische Forderungen verankert. Diese gilt es nun umzusetzen. Dabei wollen wir vorrangig wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen und so Teilhabe der Menschen durch Mindestlohn, Beschränkung der Leiharbeit und von Werkverträgen, wirkliche Gleichstellung der Geschlechter, eine gestärkte ge-

setzliche Rente, bezahlbare Mieten und erneuerbare Energien und familienfreundliche Rahmenbedingungen wirklich ermöglichen. Klar ist aber auch, dass wir an vielen anderen Stellen wichtige Forderungen nicht durchsetzen konnten und Kompromisse hinnehmen mussten. Deshalb muss klar sein: Abstriche an den verhandelten Ergebnissen darf es nicht geben. Das gilt auch für die vereinbarten Finanzierungszusagen für Bildung, Infrastruktur und Soziales sowie eine grundlegende Stärkung der föderalen Handlungsfähigkeit und kommunalen Selbstverwaltung. Sollte ganz gleich aus welchen Gründen die Finanzplanung nicht aufgehen, gehört das Thema Steuerpolitik wieder auf den Tisch. Gerade in Hinblick auf die Zukunftschancen auch jüngerer Generationen wäre unverantwortlich und fahrlässig, notwendige Investitionen zu unterlassen, um damit die oberen fünf Prozent zu schonen.

Ebenso gilt: Ein Koalitionsvertrag ist eine wichtige Grundlage für die politische Arbeit. Es wird aber immer wieder sich aktuell ergebende Herausforderungen in den nächsten vier Jahre geben. Es ist die Aufgabe der SPD, auf diese Herausforderungen in enger Abstimmung zwischen Regierung, Partei und Fraktion sozialdemokratische Antworten im Sinne der Festlegungen unseres Regierungsprogramms zu geben und diese in der Bundesregierung durchzusetzen. Nur wenn wir auch bei aktuellen Herausforderungen eine bestimmende Kraft sind, die in diesem Land für sozialen Fortschritt sorgt, werden wir wieder mehrheitsfähig.

EIN PROGRAMM ÜBER 2017 HINAUS

Die SPD hatte zur Bundestagswahl ein gutes Regierungsprogramm, das an den Lebensrealitäten der Menschen orientiert war und auf einen wirklichen Politikwechsel in Deutschland zielte. Hieran wollen wir festhalten, denn nur wenn Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt wieder das politische Profil und das praktische Handeln der SPD bestimmen kann es uns gelingen, die Menschen zu gewinnen und besonders die vielen `Wähler im Wartestand` zur Beteiligung zu bewegen. Wir wollen deshalb alles stützen, was diesen Weg stärkt. Wir müssen unsere Programmatik aber stetig weiterentwickeln. Denn erstens machen immer neue ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen auch immer wieder neue sozialdemokratische

Fortsetzung Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

Antworten notwendig. Neben ihrer verbesserten sozialen Kompetenz wurde der SPD bei der Wahl zweitens in ökonomischen Fragen keine hinreichende Kompetenz zugeschrieben. Unsere Antwort darauf darf aber nicht eine stärkere Anbietung an Wirtschaftskonzepte der Konservativen und Liberalen sein, sondern muss ein eigenständiges ökonomisches Konzept sein, das Wirtschaft, Arbeit und Fragen der sozialen Gerechtigkeit miteinander versöhnt und mehr Verteilungsgerechtigkeit schafft.

Drittens muss die entstandene Kluft sowohl zwischen Partei und (Stamm-)Wählern als auch zwischen FunktionsträgerInnen und Parteibasis geschlossen werden. Das bedeutet eine große Herausforderung für die künftige Auswahl von FunktionärInnen und MandatsträgerInnen. Dieser politischen Herausforderung – wieder „Näher bei den Menschen“ – muss sich die SPD stellen.

Und viertens muss die SPD weiterhin der Ort sein, in der die entscheidenden gesellschaftlichen Zukunftsdebatten geführt werden. Dies gilt umso mehr unter den Bedingungen einer großen Koalition. Denn selbst wenn es uns gelungen ist im Koalitionsvertrag viele wichtige Forderungen zu verankern und auch wenn wir in der Regierungsarbeit die sozialdemokratische Handschrift immer wieder aufs Neue deutlich machen, reichen die Vorhaben programmatisch nicht für den Übergang in das nächste Jahrzehnt. Wir halten fest an dem im Bundestagswahlkampf 2013 immer wieder betonten Ziel eines grundlegenden Politikwechsels und müssen dafür weitergehende Ziele verfolgen, als in der Großen Koalition beispielsweise bei der Stärkung von Bildung und Ausbildung, einer im wirklichen Sinne liberalen Ordnung der digitalen Welt, einer offenen Gesellschaft für Zuwandernde und Menschen unterschiedlicher Lebensformen und vor allem eine Politik für Verteilungsgerechtigkeit und ei-

nen handlungsfähigen Staat. Wir wollen deshalb auch in einer Koalition mit den Konservativen den Raum für Zukunftsdebatten über das Jahr 2017 hinaus bieten. Wir haben sozialdemokratische Ideen über die große Koalition hinaus. Und wir beteiligen in all diesen Fragen weiterhin unsere Mitglieder. Denn bei uns steht die Demokratie nicht nur im Namen.

FÜR EIN PROGRESSIV-LINKES REFORMBÜNDNIS

Der Bundesparteitag hat das Tabu einer Koalition unter Beteiligung der Partei „Die Linke“ aus dem Weg geräumt. Das war überfällig. Nun hat auch „Die Linke“ die Aufgabe, ihren Weg zur Regierungsfähigkeit weiter zu gehen und notwendige Fragen bei sich zu klären. Wenn wir aber für ein progressiv-linkes Reformbündnis mit einer Machtperspektive 2017 kämpfen wollen, braucht es dafür mehr als einen Parteitagbeschluss. Die in der Opposition entwickelten Dialogformen mit Bündnis 90/ Die Grünen müssen erhalten und ausgebaut werden. Die bestehenden inhaltlichen und strategischen Differenzen zwischen allen Parteien links der Union können nur in einem ehrlichen und konstruktiven Diskussionsprozess beseitigt werden. Dafür muss auf allen Seiten Bereitschaft bestehen. Und dieser Prozess muss schnell in Gang gesetzt werden.

Mehrheitsfähigkeit bedeutet aber mehr als nur zusätzliche Koalitionsoptionen zu haben. Es geht um mehr als ein Zusammengehen zwischen verschiedenen progressiv-linken Parteien. Vielmehr bedarf es einer gesellschaftlichen Allianz mit anderen fortschrittlichen Kräften. Die SPD muss auch und gerade in Regierungsverantwortung ansprechbar für progressive gesellschaftliche Kräfte in Gewerkschaften, Verbänden und Initiativen sein und deren Anliegen auch in der aktuellen Regierungsarbeit aufnehmen. Und sie darf

bei der Weiterentwicklung ihrer Programmatik den Kontakt nicht abreißen lassen. Sondern die Partei sein, die tief in der Gesellschaft verankert ist und neue Herausforderungen und Impulse aus der Gesellschaft aufnimmt. Sozialdemokratie muss wieder soziale Bewegung sein. Nur eine starke Sozialdemokratie kann selbstbewusst Reformbündnisse eingehen.

Wir sind uns sicher: Eine überzeugende sozialdemokratische Handschrift in der praktischen Regierungsarbeit, ein eigenständiger programmatischer Diskurs mit Perspektiven über 2017 und das Schmieden neuer gesellschaftlicher Bündnisse sind kein Widerspruch, sondern die Voraussetzung für eine starke Sozialdemokratie. □

➡ **Die Unterzeichner:** Niels Annen, MdB, Mitglied des SPD-Parteivorstands, Bärbel Bas, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, Kathrin Budde, SPD Landesvorsitzende Sachsen Anhalt, Mitglied des SPD-Parteivorstands, Elke Ferner, MdB, Bundesvorsitzende der ASF, Mitglied des SPD-Parteivorstands, Angelika Graf, Bundesvorsitzende der AG 6oplus, Oliver Kaczmarek, MdB, Mitglied im Fraktionsvorstand, Daniela Kolbe, MdB, stellvertretende Vorsitzende Forum DL 21, Knut Lambertin, stellvertretender Vorsitzender Forum DL 21, Gabriele Lösekrug-Möller, MdB, Mitglied des SPD-Parteivorstands, Hilde Mattheis, MdB, Vorsitzende Forum DL 21, Matthias Miersch, MdB, Mitglied des SPD-Parteivorstands, Florian Pronold, MdB, SPD Landesvorsitzender Bayern, Mitglied des SPD-Präsidiums, Sönke Rix, MdB, Mitglied im Fraktionsvorstand, Ernst Dieter Rossmann, MdB, Sprecher der Parlamentarischen Linken, Nina Scheer, MdB, stellvertretende Vorsitzende Forum DL 21, Frank Schwabe, MdB, Sprecher der Denkfabrik in der SPD-Bundestagsfraktion, Carsten Sieling, MdB, Mitglied des SPD-Parteivorstands, Ralf Stegner, stellvertretender SPD-Parteivorsitzender, SPD-Landesvorsitzender Schleswig Holstein, Jan Stöß, SPD-Landesvorsitzender Berlin, Mitglied des SPD-Parteivorstands, Kerstin Tack, MdB, Mitglied im Fraktionsvorstand, Johanna Uekermann, Juso-Bundesvorsitzende, Sascha Vogt, Mitglied des SPD-Parteivorstands

Diskussion:

Ehrenkodex für Politikerinnen und Politiker?

Brauchen wir einen Ehrenkodex für Politikerinnen und Politiker? Das will der Bundestagsabgeordnete Swen Schulz mit seinen Gästen diskutieren. Der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der Chefredakteur des Berliner Tagesspiegels Lorenz Maroldt und der Parteienforscher Dr. Gero Neugebauer sind zur Debatte eingeladen.

„Die aktuelle öffentliche Debatte um Politikergehälter, der geplante Wechsel von Kanzleramtsminister Pofalla in den Vor-

stand der Deutschen Bahn AG und auch Fälle von Steuerhinterziehungen zeigen, dass wir uns über Verhaltensregeln von Politikern verständigen müssen“, sagt Swen Schulz. „Ich lade daher alle Interessierten ein, sich am Gespräch zu beteiligen.“ **BS □**

➡ Die Veranstaltung findet statt am 05. März 2014, von 19.00-21.00 Uhr, im Kulturzentrum „gemischtes“ in der Sandstr. 41, 13593 Berlin.

➡ Um Anmeldung unter der Telefonnummer: 227 70 187 wird gebeten.

Veranstaltungen:

Ebert-Stiftung lädt zur Gerechtigkeitswoche

Vom 10. bis 13. März lädt die Friedrich-Ebert-Stiftung zur Themenwoche Gerechtigkeit. In vielen Regionen des globalen Südens ist soziale Unsicherheit eine Konstante, auch in Industrieländern steigt der Druck auf soziale Errungenschaften. Unter dem Motto „Gerechtigkeit in Arbeit!“ sucht die Friedrich-Ebert-Stiftung in der dritten internationalen Themenwoche „Zeit für Gerechtigkeit!“ mit Podiumsdiskussionen, Fachkonferenzen, Workshops und Lesungen nach Alternativen. **BS □**

➡ Das vollständige Programm unter <http://www.fes.de/gerechtigkeitswoche/>

Buch:

Nur wenige Täter wurden bestraft

Erste fundierte Gesamtdarstellung zur Judendeportation in Berlin

Rund 55 000 Juden aus Berlin sind zwischen 1941 und 1945 mit 184 Transporten verschleppt und ermordet worden. Die anfängliche Ausgrenzung und spätere Deportation während der Nazi-Zeit fand kaum im Verborgenen statt, sondern in aller Öffentlichkeit. Am Räderwerk der Deportationen waren in Berlin zahlreiche Institutionen beteiligt. Der Politikwissenschaftler Akim Jah hat umfassend und akribisch den Mechanismus der Deportationen in Berlin erforscht und in diesem Buch dokumentiert. Er durchleuchtet den Apparat, der an diesem Massenmord beteiligt war und analysiert die Ausichtslosigkeit der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. Es ist eine erste fundierte Gesamtdarstellung zur Judendeportation in dieser Stadt.

Der Autor zeichnet nach, wie das Nazi-Regime für die Judenverfolgung einen Polizei- und Behördenapparat geschaffen hat, der die Einhaltung der menschenverachtenden Rassengesetze überwacht hat und später Voraussetzungen für die Deportationen schuf. Die Akteure saßen im Polizeipräsidium am Alexanderplatz wie im Judenreferat in der Burgstraße nahe dem Hackeschen Markt. Jah ist es gelun-



Akim Jah: Die Deportation der Juden aus Berlin - Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik und das Sammellager Große Hamburger Straße, be.bra Verlag, Berlin, 2013, 756 Seiten, 54 Euro, ISBN 978-3-95410-015-6

gen, für einen Großteil der Akteure Herkunft und Lebensweg zu skizzieren; nur sehr wenige sind für ihr Handeln später zur Verantwortung gezogen worden.

Sehr ausführlich beschreibt der Autor die Mechanismen, mit denen die Nazis jüdische Institutionen der Gemeinde zur Mitarbeit zwangen. Dabei reicht der Bogen von der Auflösung der Selbstverwaltung und der Zwangseinrichtung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland 1939 bis zu Judenräten. Alle Einrichtungen sind direkt dem Reichssicherheitshauptamt, dem Referat von Adolf Eichmann unterstellt worden. Die hier von Akim Jah am Berliner Beispiel aufgezeigten Mechanismen machen deutlich, dass die Mitwirkung der jüdischen Institutionen an den Deportatio-

nen keineswegs als Kollaboration zu werten ist - wie es gelegentlich noch heute betrachtet wird.

Aufschlussreich ist der Hinweis des Autors am Schluss seiner Studie: „Hinweise, dass sich das Verhalten der nichtjüdischen Bevölkerung gegenüber den wenigen noch in der Stadt verbliebenen Juden veränderte, als sich das Wissen über den Massenmord im Sommer 1943 verbreitet hatte, haben sich in dieser Untersuchung nicht ergeben. Die Deportationen wurden bis kurz vor der Befreiung weiter durchgeführt, lediglich die Zielorte veränderten sich aufgrund des Vorrückens der Roten Armee und der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz.“

Das wissenschaftlich fundierte Buch zeigt der Leserschaft, wie in Berlin der vorgezeichnete Weg vom Antisemitismus zum Massenmord beschritten wurde. In der Reichshauptstadt lebten Anfang 1933 rund 178 000 Juden. Mit Auswanderung hat sich ein Teil retten können, 55 000 Berliner Juden überlebten die Deportationen nicht. Zu den wenigen Juden, die in der Stadt haben überleben können, zählt die Politikwissenschaftlerin Susanne Suhr, im Nachkriegs-Berlin SPD-Mitglied im Abgeordnetenhaus. **Gunter Lange** □

Lesung:

Peter Brandt bei Lesung im Brecht-Haus

Willy Brandts ältester Sohn Peter erinnert sich in seinem im vergangenen Oktober im Bonner Dietz-Verlag erschienenen Buch „Mit anderen Augen“ an seinen Vater als Politiker und Privatmann, der noch in den 1980er-Jahren eine der umstrittensten Persönlichkeiten in Deutschland war. Und er schreibt über das „liebevolle, aber nicht ganz einfache Verhältnis zweier sperriger Menschen“. Am 27. Februar findet in Berlin eine Lesung mit Peter Brandt statt.

In seinem Buch über seinen Vater verbindet Peter Brandt die familieninterne Sicht mit dem analytischen Blick des Historikers und entfaltet bislang weniger bekannte Züge dieser Jahrhundertgestalt.

➡ Do. 27. Februar, 20 Uhr, Lebenszeugnisse, „Mit anderen Augen. Versuch über den Politiker und Privatmann Willy Brandt“, Wolfgang Benz im Gespräch mit Peter Brandt, Literaturforum im Brecht-Haus, Chausseestraße 125, D-10115 Berlin-Mitte

Konzert:

Gegen das Vergessen

Singakademie führt die „Jüdische Chronik“ auf

Ein ungewöhnliches Konzert erwartet das Publikum am 16. März 2014 im Konzerthaus Berlin im Rahmen der Spielzeit zum 50jährigen Bestehen der Berliner Singakademie.

Als in den späten 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts in beiden Teilen Deutschlands jüdische Friedhöfe geschändet wurden, sprach Paul Dessau Komponisten-Kollegen aus Ost und West an und schlug vor, diesen beschämenden Vorgängen und dem vorhandenen braunen Ungeist ein musikalisches Werk entgegen zu setzen. So entstand die „Jüdische Chronik“, ein gemeinsames Werk von Boris Blacher, Paul Dessau, Karl Amadeus Hartmann, Hans Werner Henze und Rudolf Wagner-Régeny, das das Ghetto in Warschau während des Nationalsozialismus, den Aufstand und die grausame Verfolgung thematisierte.

Den Text dazu schrieb der Weimarer Lyriker Jens Gerlach. Es entstand ein geschlossenes Werk, das die unterschiedlichen musikalisch-ästhetischen Tendenzen der da-

maligen Zeit ebenso erkennen lässt wie den Willen, Position gegen das Vergessen und einen latenten Antisemitismus in Ost und West zu beziehen. Es ist ein Werk, das Stellung bezieht. Die in Leipzig und Köln geplante Doppel-Uraufführung musste 1961 aufgrund des Mauerbaus zunächst verschoben werden.

Kombiniert wird die Aufführung des halbstündigen Oratoriums am 16. März mit den großen meisterhaften Orchesterpsalmen von Felix Mendelssohn Bartholdy, der, wie bekannt, in der Nazi-Zeit zu den verfemten Komponisten gehörte.

Niko Sander □

➡ Konzerttermin: 16. März 2014, 20.00, im Konzerthaus Berlin. Es wirken mit: Yuri-ko Osaki, Sopran, Henriette Gödde, Alt, Thomas Volle, Tenor, Egbert Junghanns Bass, Berliner Singakademie, Singakademie zu Berlin, Kammersymphonie Berlin, Dirigent: Achim Zimmermann

➡ Karten von 12 bis 28 Euro unter 030/20309 2101 oder per e-mail: online-ticket@berliner-singakademie.de

Jahrestag:

„Hexenfrühstück“ im Senat

Vor 25 Jahren: Am 16. März 1989 wurde mit dem „Frauensnat“ Geschichte geschrieben

Es war ein langer Wahlkampf. Schon 1987 hatte die Berliner SPD mit verschiedenen Kampagnen begonnen, ihre Ziele deutlich zu machen. Sie kämpfte gemeinsam mit dem Mieterverein für bezahlbare Mieten, warb für die Schaffung von 15.000 neuen Arbeitsplätzen durch Umweltschutzmaßnahmen und - gemeinsam mit den Kleingärtnern - für eine umweltfreundliche Stadtgestaltung und den Erhalt der Kleingartenkolonien durch einen geänderten Flächennutzungsplan. „Mit uns kann Berlin wieder gewinnen“, sagte SPD-Spitzenkandidat Walter Momper wenige Tage vor der Wahl am 29. Januar 1989.

Eine Partei, die wie die SPD bei den letzten Wahlen nur 32,4 Prozent der Stimmen erhalten habe, müsse langfristig wieder Vertrauen begründen und deutlich machen, „dass sie nicht im Schlafwagen an die Macht kommt“. So zitiert die BERLINER STIMME Mitte Januar 1989 den Wahlkampfleiter der Berliner SPD und späteren Bausenator Wolfgang Nagel. Mit seinem Team hatte Nagel die Themenkampagnen vorbereitet, aber auch mit ungewöhnlichen und phantasievollen Plakaten und satirischen Wahlkampfsots für Aufmerksamkeit gesorgt. Überall in der eingemauerten Stadt zeigten SPD-Plakate zwei Kinder, die auf Leitern standen und sich auf der Mauerkrone in die Augen schauten. „Berlin ist Freiheit“, so lautete der Slogan, der ein neues Lebensgefühl ausdrückte, das sich deutlich von dem unterschied, das die CDU vermittelte. Ihr Innensenator Lummer ließ sich wie ein Feldherr in ehemals besetzten Häusern fotografieren, die von der Polizei geräumt worden waren. Und Bürgermeister Eberhard Diepgen hatte Berlins 750. Geburtstag feiern lassen, ohne die Berlinerinnen und Berliner daran teilhaben zu lassen.

In einem eigens aufgebauten Festzelt auf dem damals noch un bebauten Grundstück hinter dem Kurt-Schumacher-Haus feierten am Wahlabend etliche hundert Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dem Ergebnis entgegen. Die CDU wählte sich ihres Sieges sicher. Noch am 10. Januar hatte eine infas-Umfrage der CDU einen Vorsprung von 9 Prozent vor der SPD bescheinigt und der FDP den sicheren Wiedereinzug. In den folgenden knapp drei Wochen näherten sich CDU und SPD an. Und am Ende verlor ihr Spitzenkandidat, der seit 1984 Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, überraschend deutlich 8,7 Prozent und kam noch auf 37,7 % der



Mitglieder des „Frauensnats“ 2009 bei einer Veranstaltung des August-Bebel-Instituts.

Foto: Horb

Stimmen. Zugleich verlor er seinen Koalitionspartner FDP, der mit 3,9 Prozent den Einzug ins Abgeordnetenhaus verpasste. „Denkzettel von Berlin“ titelten überregionale Medien, aber es war mehr: Diepgens CDU hatte die Probleme der Stadt nicht ernst genommen, nun wurde sie abgestraft und weggewählt. Unzufriedene CDU-Wähler wanderten zu den rechten Republikanern ab, die auf 7,5 Prozent kamen. Die SPD legte mit Walter Momper um 4,9 Prozentpunkte auf 37,3 % zu und hatte mit der Alternativen Liste (AL) zusammen eine rechnerische Mehrheit.

Eine Große Koalition war angesichts der großen Differenzen rasch vom Tisch. Ein rot-grüner Senat, wie aus der AL heraus vorgeschlagen, war aber auch für Walter Momper zunächst kaum vorstellbar. Die AL, die mit einem leichten Zugewinn von 1,2 Prozent nun auf 11,8 Prozent kam, galt in der öffentlichen Meinung als chaotisch und wegen ihres bis dahin ungeklärten Verhältnisses zur Gewalt als nicht regierungsfähig.

Erste interne Vorgespräche, an denen ne-

ben Momper u.a. der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerd Wartenberg und der frühere SPD-Landesvorsitzende Jürgen Egert sowie Renate Künast, Bernd Köppl und Harald Wolf für die AL teilnahmen, brachten eine Annäherung. Die Sozialdemokraten formulierten „drei Essentials“ als Voraussetzung für eine Koalition: Die AL sollte das Gewaltmonopol des Staates, die Rechte und Präsenz der Alliierten in Berlin sowie die Bindungen Berlins an den Bund anerkennen. In einer Kommission, der u.a. Dr. Norbert Meisner (SPD) und Harald Wolf (AL) angehörten, wurden diese Punkte schließlich geklärt. Die eigentlichen Verhandlungen für ein - nach Hessen - zweites rot-grünes Bündnis konnten Mitte Februar aufgenommen werden.

Walter Momper wurde am 16. März 1989 zum neuen Regierenden Bürgermeister gewählt. Sein Senat war eine frauenpolitische Sensation: Erstmals gehörten einer Landesregierung mehr Frauen als Männer an. Für die SPD, die alleine 20 der 36 Frauen im Berliner Abgeordnetenhaus stellte, übernahmen Ingrid Stahmer (Gesundheits- und Soziales), Jutta Limbach (Justiz), Anke Martiny (Kultur), Barbara Riedmüller-Seel (Wissenschaft) und Heide Pfarr (Bundesangelegenheiten) fünf Ressorts. Genauso viele Ressorts gingen an SPD-Männer: Erich Pätzold (Inneres), Horst Wagner (Arbeit, Verkehr, Betriebe), Wolfgang Nagel (Bau), Peter Mitzscherling (Wirtschaft) und Norbert Meisner (Finanzen). Die AL schickte mit Michael Schreyer (Stadtentwicklung und Umweltschutz), Anne Klein (Frauen) und Sybille Volkholz (Bildung) nur Frauen in ihre drei Ressorts. Die acht Frauen im Senat stimmten sich wöchentlich überparteilich beim „Hexenfrühstück“ miteinander ab. Mit dem Fall der Mauer allerdings veränderten sich die Anforderungen schlagartig. Vor allem die im West-Berliner „Insel-Biotop“ entstandene AL hatte kaum Antworten auf die neuen Fragen, der Streit im Senat wurde heftiger. Wenige Tage vor den Neuwahlen 1990 zerbrach die Koalition.

U.H. □

17. März: Rückblick auf 25 Jahre

Am 16. März 1989 löste der SPD-AL-Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Walter Momper den CDU-FDP-Senat ab. Der Momper-Senat war bundesweit die zweite rot-grüne Landesregierung und die erste deutsche Landesregierung mit einer Frauenmehrheit. Seit dem Wahlsieg mit Walter Momper im Jahr 1989 regiert die SPD das Land Berlin seit 25 Jahren ohne Unterbrechung. Daran erinnert eine Veranstaltung mit dem SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß und dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister Walter Momper. Die Moderation hat Alexander Kulpok.

➔ Montag, 17. März 2014, 18.00 Uhr, Rathaus Schöneberg, Willy-Brandt-Saal

Trauer um Wolfgang Mellwig

Ehemaliger Weddinger BVV-Vorsteher starb im Alter von 77 Jahren

Im Wedding kannte man Wolfgang Mellwig einfach. Er war Gründungsmitglied des Weddinger Heimatvereins, etliche Zeit Vorsitzender des Partnerschaftsvereins. 14 Jahre engagierte sich Wolfgang Mellwig als Patientenfürsprecher in der Charité und im Deutschen Herzzentrum. 45 Jahre lang gehörte er der SPD an. Am 16. November 2013 ist Wolfgang Mellwig verstorben. Beigesetzt wurde er auf dem Domfriedhof an der Müllerstraße.

Geboren wurde Wolfgang Mellwig am 10. Februar 1936. Er erlebte die Kriegszeit als Kind in Berlin, nahm dort auch die Verfolgung von jüdischen Nachbarn wahr, flüchtete vor den Bombenangriffen. Er suchte das Gute und Schöne, fand es in der Natur, durchstreifte im Nachkriegs-Berlin die Wälder. Er ging auf in der Arbeit mit der Natur, in der Gartenarbeit. Und in der Fa-

milie: Mit seiner Frau Rosa hat er zwei Kinder.

Als Gruppenleiter der Unteren Naturschutzbehörde im Bezirksamt Reinickendorf kümmerte er sich mit großem Engagement um den Schutz des Tegeler Fließes. Aber kraftvoll setzte er sich auch in Reinickendorf und im Wedding für den Erhalt der bedrohten Kleingärten ein. Die Kleingärtner dankten es ihm 1991 mit ihrer höchsten Auszeichnung, der Wilhelm-Naulin-Plakette.

Wolfgang Mellwig engagierte sich in der Weddinger Bezirkspolitik, 1982 zog er für die SPD in die Weddinger Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ein, von April 1985 bis zu den Neuwahlen 1992 war er Vorsteher der BVV, respektiert von allen Parteien. In der Abteilung Rehberge hatte er seine politische Heimat und viele Freunde.

BS □

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

TERMINE

- 21.02.2014, 18:00 - 20:00 **Bürgerstammtisch mit Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdA - Wedding**, Opatija-Grill, Dubliner Straße Ecke Müllerstraße 70, 13349 Berlin
- 22.02.2014, 10:00. Abt. Lichterfelde Ost und Süd, „Wir im Lichterfelder Süden“ - **Gespräche am Informationsstand**, vor Kaiser's, Osdorfer Straße, 12207 Berlin
- 25.02.2014, 11:30 - 12:30 **Bürgersprechstunde von Franziska Becker, MdA**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin. Anmeldung unten im Foyer oder vorab telefonisch unter (030)2325-2281 bzw. per E-Mail unter franziska.becker@spd.parlament-berlin.de.
- 25.02.2014, 19:00 - 21:30 FA X - Natur, Energie und Umweltschutz, Tagesordnung u.a.: „**Verbraucherfreundliche Altglassammlung in Berlin vor dem Aus?**“ Referent: Dr. Holger Thärichen, Geschäftsführer der Sparte Abfallwirtschaft und Stadtreinigung des Verbands kommunaler Unternehmen, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin
- 25.02.2014, 19:00 - 21:00, FA IX - Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Themen: **Stand der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung BE: StS Dirk Gerstle (CDU)** - Sozialpolitisches Grundsatzpapier „In welcher Stadt wollen wir leben?“ Abgeordnetenhaus von Berlin (Raum 320), Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin
- 25.02.2014, 20:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Zeitzeugengespräch mit Waldemar Klemm** über seine Zeit als Falken-Sekretär in Steglitz, seine Bürogemeinschaft mit Horst Grabert, damals SPD-Vorsitzender in Steglitz, seine internationale Falken-Arbeit usw., Friedenszentrum Dahlem, Pacelliallee 61, 14195 Berlin
- 26.02.2014, 19.00 Uhr, **Lesung von Frank Stauss „Höllennritt Wahlkampf“ und anschließende Podiumsdiskussion mit dem SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß und dem Abgeordneten Thorsten Karge**, Veranstaltungssaal des Restaurant „Maestral“, Eichborndamm 236, 13437 Berlin. Eintritt frei.
- 26.02.2014, 15:00 - 17:00 **AG 60plus Berlin - Tempelhof-Schöneberg, Jahreshauptversammlung** mit Wahlen, SPD Kreisbüro Tempelhof-Schöneberg, Hauptstr. 100, 10827 Berlin
- 26.02.2014, 20:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Landesmindestlohnsgesetz**. Mindestlohn - ein Ausblick, Friedenszentrum Dahlem, Pacelliallee 61, 14195 Berlin
- 27.02.2014, 16 bis 17 Uhr. **Bürgersprechstunde des Abgeordneten Thorsten Karge**. Dieses Angebot wendet sich an Bürgerinnen und Bürger aus den Ortsteilen Wittenau, Waidmannslust und Borsigwalde. Die Bürgersprechstunde findet im Kreisbüro der SPD Reinickendorf, Waidmannslust Damm 149,

13469 Berlin, statt. Eine telefonische Anmeldung unter (030) 55 174 150 wird erbeten.

■ 27.02.2014, 18:30 - 20:30, Fachausschuss Familien-, Kinder- und Jugendpolitik, **Jugendberufsagentur - Vorstellung der Konzeption**, mit Margrit Zauner, Senatsverwaltung für Arbeit und SPD Tempelhof-Schöneberg, Gangway, Schumannstraße 5, 10117 Berlin

■ 27.02.2014, 16:00 - 17:00, **Bürgersprechstunde des Abgeordneten Thorsten Karge**, Kreisbüro der SPD Reinickendorf, Waidmannslust Damm 149, 13469 Berlin. Dieses Angebot wendet sich an Bürgerinnen und Bürger aus den Ortsteilen Wittenau, Waidmannslust und Borsigwalde. Eine telefonische Anmeldung unter (030) 55 174 150 wird erbeten.

■ 27.02.2014, 19:30, **Wahlversammlung der ASF Charlottenburg-Wilmersdorf**, SPD Bürgerbüro, Goethestraße 15, 10625 Berlin

■ 04.03.2014, 12:30 - 14:00, **Telefonische Sprechstunde von Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdA**, Tel 2325-2297 oder -2222,

■ 05.03.2014, 16:30 - 18:30, **AG Selbst Aktiv, Für ein Europa ohne Barrieren**, Kiezspinne im Nachbarschaftshaus Orangerie, Schulze-Boysen-Str. 38, 10365 Berlin

■ 08.03.2014, 10:00, Abt. Reinickendorf-Mitte/-West **Infostand zum Internationalen Frauentag mit Jörg Stroedter**, Supermarkt im Meller Bogen 2, 13403 Berlin

■ Alle Termine: www.spd-berlin.de/termine

August Bebel Institut:

Wie Medien Meinung machen

In den vergangenen Monaten verbreiteten einige Medien erneut rassistische Bilder über Sinti und Roma - mit Berichten über vermeintliche Einwanderungswellen und Kinderhandel. Wie und warum entstehen solche Bilder?

Warum bekommen wir die Falschmeldungen, nicht aber deren Korrekturen mit? Mit einer Medienanalyse untersucht das August Bebel Institut in Kooperation mit dem Verein Neue Deutsche Medienmacher e.V. Presseberichte kritisch und bringt sie mit der konkreten bundesdeutschen und Berliner Politik gegenüber Sinti und Roma in Verbindung.

➡ Wie Medien Meinung Machen - Teil III, Rassismus gegen Sinti und Roma, Di 25. Februar, 18-21 Uhr, August Bebel Institut, Müllerstraße 163, S+U Wedding. Mit: Isidora Randjelovic (Sozialpädagogin, Verband für Interkulturelle Arbeit, Berlin/Brandenburg, aktiv in der IniRromnja) Hajdi Barz (Teamerin, aktiv in der IniRromnja), Moderation: Rana Göroglu (Journalistin, Neue Deutsche Medienmacher e.V.). Um Anmeldung wird gebeten an Anmeldung@august-bebel-institut.de

Diskussion:

AG Selbst aktiv: Europa ohne Barrieren

Die AG Selbst Aktiv lädt am 5. März zur Diskussion über ein „Europa ohne Barrieren“.

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 kann erstmals darüber mitentschieden werden, wer künftig Präsident der Europäischen Kommission sein wird. Als erste der Parteienfamilien hat die europäische Sozialdemokratie mit Martin Schulz einen gemeinsamen Kandidaten für die Europawahl und das Amt des EU-Kommissionspräsidenten nominiert. Das ist wichtig, weil zahlreiche Pläne, Strategien und auch die Mittel des Europäischen Sozialfonds direkt die Belange von Menschen mit Behinderung betreffen.

Der Aktionsplan der Europäischen Kommission für die Jahre 2010-2020 will Rahmenbedingungen schaffen, damit Menschen mit Handicap ihre Rechte als EU-Bürgerinnen und -Bürger uneingeschränkt wahrnehmen können.

Der 2006 gestartete „Aktionsplan des Europarates zur Förderung der Rechte und vollen Teilhabe behinderter Menschen an der Gesellschaft“ (2006-2015) bietet darüber hinaus einen konkreten Maßnahmenplan zur Verbesserung der Lebensqualität vieler Menschen mit Behinderungen in Europa.

Auf Initiative von Berlin wurde im Rahmen des Städtenetzwerkes EURO-CITIES die Arbeitsgruppe „Barrier-free City for All“ gebildet, um damit die Entwicklung der „Barrierefreien Stadt“ konzeptionell und praktisch voranzutreiben.

Doch wie sieht die Umsetzung aus? Wer treibt die Entwicklung voran?

Noch immer gibt es überall Barrieren, die die Ausübung von Grundrechten – wie z.B. dem Wahlrecht – verhindern. Auch der Zugang zu Arbeitsmöglichkeiten wird durch Barrieren vielfach erschwert.

Deshalb, so die AG Selbst Aktiv, komme es darauf an, denen das Vertrauen zu geben, die sich mit Nachdruck dem Ziel verschreiben, die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen zu verbessern.

„Hier waren und sind es die Sozialdemokraten in Europa, die sich für den Erhalt der Daseinsvorsorge, für einen wirksamen Grundrechts- und Antidiskriminierungsschutz und gleiche Beschäftigungschancen für Menschen mit Behinderungen einsetzen!“, so die AG Selbst Aktiv in ihrer Einladung.

➡ 05.03.2014, 16:30 - 18:30, **AG Selbst Aktiv, Für ein Europa ohne Barrieren**, Kiezspinne im Nachbarschaftshaus Orangerie, Schulze-Boysen-Str. 38, 10365 Berlin.

Anmeldung erbeten unter www.spd-berlin.de/europa-ohne-barrieren

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

In Würde anders

Göran Gnaudschuns Fotografien vom Alexanderplatz

Seit 2010 hat der in Potsdam lebende Fotograf Göran Gnaudschun am Berliner Alexanderplatz die Szene von jungen Ausreißern, Gestrandeten, Wohnungslosen, Punks und Selbstdarstellern in seinen Fotografien festgehalten. Eine Ausstellung im Haus am Lützowplatz zeigt die Arbeiten jetzt.

Gnaudschun porträtiert die Menschen dort, immer darauf bedacht, eine Form von fast verschüttet geglaubter Würde und von Intensität ans Licht zu bringen. Diese Menschen passen in die Raster der normalen Gesellschaft nicht hinein: weder in die der Arbeitswelt und oft auch nicht in die der sozialen Fürsorge. Kaum einer ist in Berlin aufgewachsen, viele wollten aus der Provinz fliehen, möglichst weit weg: neu sein, anonym sein, die weite Welt ohne einen Cent in der Tasche erleben. Es gibt Erfahrungen mit längeren Gefängnisaufenthalten, Drogen und viel Alkohol. Einige treiben sich immer für mehrere Monate in anderen Großstädten Deutschlands herum, andere wollten noch weiter, aber sitzen schon seit Jahren auf dem Alex. Kinder werden schnell erwachsen und Erwachsene



Göran Gnaudschun: Porträt von Mel.

Foto: Gnaudschun / Hal

ne werden schnell alt. Er fotografiert Situationen, in denen sich Symbolhaftes zeigt, er führt Interviews über die Lebenswege der Protagonisten und schreibt selbst Texte über die Sicht des Fotografen auf das vielschichtige Phänomen Alexanderplatz. **BS**
 ➔ bis 30. März 2014, Haus am Lützowplatz, Lützowplatz 9, 10785 Berlin, Di-So, 11-18 Uhr,

KULTURTIPPS

Moabiter Sammler. Die Universalität macht das Sammeln zum idealen Thema, um Brücken zwischen unterschiedlichen Kulturen und Altersgruppen zu schaffen. Das Projekt „Moabiter Leidenschaften“, welches vom Quartiersmanagement Moabit-Ost initiiert und von der Agentur Stadt-Muster GbR konzipiert und umgesetzt wurde, hat sich diesen Effekt zu Nutze gemacht und unterschiedliche SammlerInnen aus Moabit für eine gemeinsame Fotoausstellung gewonnen. Die dort präsentierten Bilder und der begleitende Ausstellungskatalog vermitteln Einblicke in ihre Sammlungen: Von Telefonapparaten und Taschenuhren aus vergangenen Jahrhunderten über Kreisel und Barbie-Puppen bis hin zu skurrilen Sammelobjekten wie plattgefahrenen Dosen aus der ganzen Welt, der Buchdrucklettersammlung eines Buchbinders und Schriftproben aus Schreibwarenläden ist alles dabei. **BS**

➔ „Moabiter Leidenschaften“: SammlerInnen aus Moabit präsentieren Ihre Schätze!, Ausstellung bis 28.02.2014 von 16-18 Uhr, in der Dorotheenstädtischen Buchhandlung, Turmstraße 5 in Berlin - Moabit

Bescheidene Helden im Willy-Brandt-Haus

Vierzig Trägerinnen und Träger des Right Livelihood Award, des seit 1980 verliehenen „Alternativen Nobelpreises“, hat die Fotografin Katharina Mouratidi porträtiert. Die Aufnahmen sind bis zum 30. März in der Ausstellung „Bescheidene Helden“ im Willy-Brandt-Haus zu sehen.

Die Courage, Entschlossenheit und Kreativität der Geehrten angesichts scheinbar unlösbarer Aufgaben ermuntern dazu, sich für die eigenen Überzeugungen einzusetzen. „Oft wird aus nur einem kleinen Gedankensatz eine große Bewegung“, beschreibt

Katharina Mouratidi das Engagement der Preisträger. „Indem ich sie alle im gleichen Setting vor schwarzem Grund porträtiere, ermögliche ich dem Betrachter die Konzentration auf ihre Person.“ Überlebensgroß kommunizieren die „Bescheidenen Helden“ mit ihrem Gegenüber auf Augenhöhe.

Als ein zentrales ästhetisches Element der Porträts wählt die Fotografin außerdem die Replik eines Rokoko-Salonsessels, Symbol für ein vergangenes feudales Herrschaftssystem, das in Anspielung auf unsere Gegenwart Macht, Prunk und Reichtum verkörpert. Bescheiden platzieren sich die

Trägerinnen und Träger des „Alternativen Nobelpreises“ darauf, die im Kontrast dazu für Aufbruch und Wandel stehen.

Katharina Mouratidi, geboren 1971, ist freischaffende Fotografin. Ihre Arbeiten sind in zahlreichen Sammlungen vertreten und waren in vielen Einzel- und Gruppenausstellungen weltweit zu sehen.

PM
 ➔ Ausstellung „Bescheidene Helden“ bis 30. März 2014, Willy-Brandt-Haus, Stresemannstr. 28, 10963 Berlin, Dienstag bis Sonntag 12 bis 18 Uhr, Eintritt frei, Ausweis erforderlich.